

EXTRABLATT

Lesen, wie es
wirklich ist!

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2019



Das Erfolgsmodell Schweiz 3

Interview
mit alt Bundesrat
Christoph Blocher



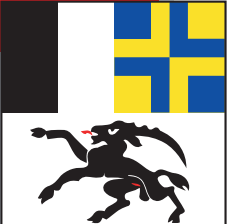
Masseneinwanderung 6-7

Arbeit muss sich
wieder lohnen!



Kanton Graubünden 9-16

Alles Wissenswerte
zu den National-
und Ständeratswahlen



Für eine freie und sichere Schweiz

Unabhängigkeit, Wohlstand und persönliche Freiheit, aber auch Sicherheit müssen immer wieder neu erkämpft werden. Nur so können wir unsere schöne und einmalige Schweiz mit ihren Werten und Tugenden erhalten. Es ist naheliegend, dass viele am Wohlstand der Schweiz teilhaben wollen. Auch die zentralistische EU. Wer jedoch will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht am 20. Oktober an die Urne und wählt SVP.

Die Konsequenzen der ungesteuerten Massen-Zuwanderung von einer Million mehr Menschen in den letzten 13 Jahren sind für unsere Bürgerinnen und Bürger täglich spürbar: Staus auf den Strassen, herumlungende, betrunkene und gewalttätige Asylsuchende und jugendliche Migranten sowie verbaute Grünflächen, steigende Gesundheits- und

Sozialhilfekosten. Respektlosigkeit und Gewaltandrohung gegenüber Polizisten, Lehrerinnen, Pflegefachfrauen, Sozialarbeiterinnen und jungen Frauen im Ausgang sind an der Tagesordnung. Verunsicherung wird aber auch ausgelöst durch die Sorge um den Arbeitsplatz, den Lohn und die Zukunft unserer Kinder.

Für eine sichere und freie Zukunft des Landes braucht es deshalb mehr SVP in Parlament und Bundesrat. Entsprechend wichtig sind die National- und Ständeratswahlen 2019. Mit dem Slogan «Frei und sicher» bringt die SVP ihr Programm auf den Punkt: die Stärkung der Identität der Willensnation Schweiz. Wir setzen uns für unsere Heimat ein. Wir halten

Wort und versprechen der Schweiz keine Unterwerfung unter die EU. Nur die SVP setzt sich für die Steuerung der Zuwanderung ein sowie für die Stärkung des arbeitenden Mittelstands durch tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren und weniger Vorschriften. Um dies zu erreichen, muss die SVP die mit Abstand stärkste Partei bleiben.



Valérie Favre Accola
in den Ständerat

Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.

Gratis-Hotline:
0800 0 1291 0

Täglich von 09.00 bis 18.00 Uhr
sind wir für Sie da.

Fragen per Mail:
wahlen@svp.ch

Kommentar

Sie entscheiden!

Bereitet Ihnen der Ausverkauf des Erfolgsmodells Schweiz und unserer Heimat Sorge? Haben Sie genug von der grenzenlosen Einwanderung, von den vielen Asylanten, die in der Schweiz nur ein angenehmeres Leben suchen, oder von der ausufernden Kriminalität? Die Medien verschweigen, wie es wirklich ist. Wahr ist, dass die unkontrollierte Zuwanderung unsere Gesellschaft dramatisch verändert. Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen ist es bei all den fremdsprachigen Schülern schwierig, Lernziele zu erreichen.

Die SVP will das stoppen und die Zuwanderung beschränken. Alle anderen Parteien und Verbände inklusive Gewerkschaften werden einer EU-Teil-



Albert Rösti
Präsident SVP Schweiz



Alles zu den National- und Ständeratswahlen im
Kanton Graubünden Seite 9-16

Fortsetzung auf Seite 2

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

mitgliedschaft der Schweiz zustimmen und damit unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aufgeben – auch bei der Zuwanderung.

Oder haben Sie genug, weil die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Sie können das alles ändern. Sie können am 20. Oktober 2019 mit Ihrer Stimme dazu beitragen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse verschieben und Ihre Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen endlich umgesetzt werden.

Der 20. Oktober 2019 ist eine Richtungswahl. Dann entscheiden wir Schweizerinnen und Schweizer über die Zukunft unseres Landes – und das nicht nur für die nächsten vier Jahre. Sie entscheiden! Wenn Sie ein klares Zeichen gegen die masslose Zuwanderung setzen wollen, wenn Sie eine stärkere Anbindung der Schweiz an die EU wollen, wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein selbstbestimmtes, sicheres und freies Land bleibt, dann wählen Sie am 20. Oktober SVP.

Albert Rösti

Albert Rösti,
Präsident SVP Schweiz



Was ist die wichtigste Herausforderung für die Schweiz in den nächsten Jahren?

Ueli Maurer: Wir hatten jetzt wirtschaftlich eine sehr gute Zeit. Da wird man etwas sorglos. Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. Das Gleiche gilt für die Regulierung. Wenn es gut läuft, glaubt man, man könne den Unternehmen beliebig Vorschriften machen und Lasten aufbürden. Die grosse Herausforderung ist, dieser Versuchung zu widerstehen. Wenn wir mit unserem Geld verantwortungsvoll

«Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da.»

umgehen und unseren Leuten und Unternehmen nicht ständig neue Vorschriften machen, dann kommt es gut!

Guy Parmelin: Die Schweiz muss wirtschaftlich konkurrenzfähig bleiben, damit der Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt.



Guy Parmelin

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)
Ehemaliger Landwirt und Winzer

Dazu müssen sich die Unternehmen jeglicher Grösse und Ausprägung entfalten können. Das heisst möglichst wenig administrative Belastungen und möglichst viel unternehmerischer Freiraum. Das bedeutet aber auch, Sorge zu tragen zu einer guten Berufsbildung, um für die stetigen Veränderungen im Arbeitsmarkt gerüstet zu sein.



Ueli Maurer

Bundespräsident, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)
Ehemaliger Geschäftsführer Zürcher Bauernverband

Sie kommen mit vielen Leuten in Kontakt, wo drückt der Schuh am meisten?

Ueli Maurer: Viele haben den Eindruck, dass sie langsam und schleichend ihre Heimat verlieren, dass sie im eigenen Land nicht mehr richtig zu Hause sind, dass in Frage gestellt wird, was ihnen wichtig ist. Und ich höre immer wieder: «Aber

denen in Bern ist das egal.» Das sorgt für Frustration; man fühlt sich ignoriert oder sogar als «Rassist» in die Extremisten-Ecke gestellt. Wir müssen wieder offen über Probleme reden können, sonst steht die Glaubwürdigkeit der Politik auf dem Spiel.

Guy Parmelin: Viele Menschen beklagen sich, dass ihnen, trotz enormen Anstrengungen im Beruf nicht mehr im Portemonnaie bleibt. Das relativ schwache Produktivitätswachstum und zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. Hier müssen wir

«Zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge.»

ansetzen und bei unseren politischen Entscheiden vorab die Lebensqualität der Menschen im Auge behalten.

Frei und sicher.

SVP wählen!



www.svp.ch

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'059'604 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, Shutterstock, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Freiheit und Sicherheit statt Gleichmacherei und Umverteilung

Von Thomas Aeschi, Nationalrat und Fraktionspräsident, Baar (ZG)

Wofür steht die Schweizerische Volkspartei? Für eine Schweiz in Sicherheit und Freiheit. Für eine selbstbestimmte, unabhängige und neutrale Schweiz mit direkter Demokratie und einem ausgeprägten Föderalismus. Für eine Schweiz, in welcher jeder Bürger eigenverantwortlich handelt und einen Staat möglichst wenig beansprucht. Für eine Schweiz mit starkem Mittelstand, der tagtäglich zur Arbeit fährt und seine Kinder selbst erzieht.



Doch was wollen die Sozialisten aller Parteien? Sie wollen einen noch grösseren und noch mächtigeren Staatsapparat, in dem die Beamten in Bern – es sind heute schon mehr als 35'000 – dem Bürger vorschreiben, wie er sein Leben zu gestalten hat. Und in dem Steuern, Abgaben und Gebühren immer noch weiter wachsen müssen, um für den immer noch grösseren Staatshaushalt aufzukommen. Sie wollen immer noch mehr Gleichmacherei und Umverteilung – dies auf Kosten des arbeitenden und steuerzahlenden Mittelstandes.

Das will die SVP nicht. Wir wollen, dass auch künftige Generationen in einer freien und selbstbestimmten Schweiz in Frieden und Wohlstand leben dürfen.

Bald noch weniger im Portemonnaie?

Hier erfahren Sie, wie der rot-grüne Raubzug auf Ihr Geld konkret aussieht:



Höhere Benzinpreise: **Zusätzlich 12 Rappen pro Liter!**

Aufs Jahr hochgerechnet macht dieser Preisaufschlag für einen Familien- und Pendlerhaushalt bei 20'000 km im Jahr und einem Verbrauch von ca. 9 Liter/100 km rund Fr. 270.– aus.

plus Fr. 270.–



Zusätzliche CO₂-Abgaben für Heizöl: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, die Öko-Abgabe pro Tonne CO₂ auf Fr. 210.– oder von 25 Rappen **auf 54 Rappen pro Liter Heizöl zu verdoppeln!** Das ergibt für einen Haushalt in einer Mietwohnung von 100 m² und einem durchschnittlichen Verbrauch von 21 l/m²/Jahr einen Zuschlag von Fr. 1'134.–.

plus Fr. 1'134.–



Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken pro Flug:

Beispielflug nach London für eine vierköpfige Familie statt Fr. 400.– **neu Fr. 600.– bis 800.–!**

plus Fr. 400.–



Verbot von Ölheizungen: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, dass bestehende Bauten nur noch massiv weniger Emissionen ausstossen dürfen. Das lässt sich praktisch nur mit einem Verbot von Ölheizungen erreichen. Die auf die Mieter abgewälzten Umrüstungskosten betragen im Durchschnitt **Fr. 1'128.–!**

plus Fr. 1'128.–



«Das Erfolgsmodell der Schweiz heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung»

EU-Rahmenvertrag – Personenfreizügigkeit – Zukunft der Schweiz – Bedeutung der Nationalratswahlen – Greta Thunberg. EXTRABLATT sprach mit alt Bundesrat Christoph Blocher über die aktuellen Herausforderungen der Schweiz.

Warum geht es der Schweiz wirtschaftlich besser als anderen Ländern?

Weil die Schweiz einen Vorsprung an Freiheit, Sicherheit und Selbstverantwortung hat. Ihr Erfolgsmodell heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung. Darum ist die Schweiz nicht Mitglied der EU. Dieses Erfolgsmodell soll jetzt unterwandert oder sogar zerstört werden. Ich bin sehr besorgt!

Die Wirtschaft läuft und läuft, die Menschen haben Arbeit... und Sie sorgen sich um die Schweiz?

Menschen, Unternehmen und Länder ruinieren sich in guten Zeiten.

Die Schweiz exportiert doch viel ins Ausland. Muss sie da nicht globalisierter werden, sich der EU anpassen?

Swatch-Chef Nick Hayek sagt es am deutlichsten: Die Schweiz müsse sich sicher nicht den Rahmenbedingungen

weder den Vertrag nicht gelesen oder verfolgt rücksichtslos eigene Geld- und Machtinteressen auf Kosten unseres Landes und unserer Wohlfahrt.

Nicht nur die Wirtschaftsverbände, auch Universitäten und Studenten sind für einen Rahmenvertrag.

Ja, ja. Diese wollten uns schon 1992 in die EU treiben. Jugendliche Visionsfreude in Ehren, aber Erfahrung und Vernunft zeigen hier einen anderen Weg. Das Volk hat zum Glück schon 1992 Nein zum EU-Beitritt gesagt.

Aber der Bundesrat sagt, ohne einen Rahmenvertrag werden wir in der EU diskriminiert werden.

Das ist dummes Zeug. Damit droht man uns seit 30 Jahren. Die EU exportiert mehr in die Schweiz als die Schweiz in die EU. Einen derart guten Kunden diskriminiert keiner.

Kann sich die Schweiz dem überhaupt entziehen?

Sicher. Wenn die Schweiz will und es klar zum Ausdruck bringt, ist das einfach! Die Schweiz hat schon viel härtere Zeiten überstanden, ohne sich aufzugeben.

Wie soll es mit der Schweiz ohne dieses Abkommen weitergehen?

Ganz einfach: Wie bisher den bewährten schweizerischen Weg gehen. Weltoffen sein – aber die Staatssäulen nicht preisgeben. Die schlechten Tage stehen bereits vor der Tür. Die Geschichte zeigt: Wir werden diese am besten überstehen, wenn wir uns treu bleiben!

Mit der Begrenzungsinitiative will die SVP die Personenfreizügigkeit beenden – die Gegner sagen, das schade der Wirtschaft.

Diese Initiative will endlich die exzessive Zuwanderung begrenzen. Die Zuwanderung soll eigenständig gesteuert werden, so wie es das Schweizer Volk und die Kantone beschlossen haben. Die rücksichtslose Classe politique hat



Schweiz dank der unbeschränkten Personenfreizügigkeit und der verantwortungslosen Asylpolitik – sogar bei guter Wirtschaftslage – eine höhere Arbeitslosenquote als Deutschland! Jetzt wackelt die gute Wirtschaftssituation. Müssen wir warten, bis die Schweiz in der Arbeitslosigkeit versinkt? Ich finde, nein, wir sollten endlich handeln.

laissez aller» herrscht in der Asylpolitik. Die Bevölkerungszunahme der Schweiz seit 2007 beträgt eine Million mehr! Vom Dichtestress und der extensiven Bautätigkeit nicht zu reden!

Warum ist es so wichtig, dass die SVP die Wahlen gewinnt?

Wenn die SVP verliert, hat sie im Parlament weniger Sitze und damit wäre das Bollwerk gegen all den Unsinn, der in Bundesbern gegen unsere Freiheit und Sicherheit beschlossen wird, geschwächt. Dann werden in Bundesbern noch mehr Bürokratie, noch mehr Steuern, Abgaben und Gebühren und Verbote beschlossen. Das heisst: Den Menschen in der Schweiz wird es schlechter gehen – vor allem dem Mittelstand.

« Soll die EU bestimmen, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? »

Die Schwedin Greta Thunberg ist etwa im Alter Ihrer Enkel – was würden Sie der jungen Klimaaktivistin sagen, wenn Sie ihr begegneten?

«Guten Tag Frau Thunberg, schön, dass Sie sich für ein gutes Klima einsetzen. Sorgen wir für gute Luft, gesundes Wasser, gesunde Böden, aber ohne kopflose, sehr kostspielige, unverhältnismässige Massnahmen, die erst noch nichts nützen. Denn diese werden dazu führen, dass die Menschen sowohl Freiheit und Sicherheit verlieren und dabei verarmen!»



der EU anpassen. Die EU solle sich denen der Schweiz annähern. Das stimmt: Wir haben objektiv die besseren Rahmenbedingungen.

Aber mit dem Rahmenvertrag müssten wir ja nicht der EU beitreten, sondern nur an die EU andocken.

Der Rahmenvertrag will, dass die EU für die Schweiz die Gesetze erlässt – auch gegen den Willen der Schweizer Bürger. Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? Mit Ausnahme der SVP wollen dies alle anderen Parteien!

Und Wirtschaftsverbände, auch Manager, wollen den Vertrag unterzeichnen.

Ja, leider! Obwohl sie wissen, dass dieser Rahmenvertrag die Schweiz in die EU führt. Nein, wer einen solchen Vertrag unterzeichnen will, hat ent-

Sehen Sie das nicht alles zu schwarz?

Nein, mit diesem Unterwerfungsvertrag würde die EU nicht nur für die Schweiz die Gesetze machen. Im Streitfall würde auch der EU-Gerichtshof entscheiden. Wir Schweizer müssten uns zu fremdem Recht und zu fremden Richtern verpflichten. Wollen wir wirklich – auch gegen unseren Willen – dass beispielsweise unsere Verkehrs-

politik durch die EU bestimmt wird? Soll die EU unsere Landwirtschaftspolitik bestimmen? Oder darüber, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? Soll die EU bestimmen, wie wir unsere Kantonalbanken organisieren? Oder unsere Steuern? Wie viele Milliarden sollen wir – auch gegen unseren Willen – an die EU zahlen?

« Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? »



den Verfassungsauftrag jedoch machtbesoffen missachtet und sogar ins Gegenteil verkehrt. Die EU hat sich bisher geweigert, zu verhandeln. Das verlangt nun die Begrenzungsinitiative. Nur wenn die EU nicht Hand bietet, muss die Kündigung der Personenfreizügigkeit in Kauf genommen werden. Das schadet der Wirtschaft nicht. Die Berufsleute, die man in der Schweiz braucht, werden weiterhin kommen, das gilt auch für Grenzgänger. Da können wir von der Wirtschaft beruhigt sein! Nicht mehr möglich sein soll dagegen all die missbräuchliche Zuwanderung, die zu Erwerbslosen und horrenden Sozialkosten führt. Schon heute hat die

Aber die Schweiz braucht doch Fachkräfte aus dem Ausland – wie soll dies ohne Personenfreizügigkeit geregelt werden?

Wenn man die Fachkräfte in der Schweiz nicht findet, dann können sie kommen. Kurzarbeiter sind für eine beschränkte Zeit zugelassen. Das hat die Schweiz von 1971 bis 2007 mit grossem Erfolg getan. Dann hat die EU der Schweiz die Personenfreizügigkeit aufs Auge gedrückt. Man versprach den Schweizern, dass nicht mehr als 8'000 bis 10'000 Einwanderer pro Jahr kämen. Es kamen jedoch netto über 65'000 pro Jahr, und die Sozialkosten explodierten. Das selbe «laissez faire –

Christoph Blocher – kurz & bündig

Geboren: 11. Oktober 1940 in Zürich, aufgewachsen in Laufen am Rheinfluss – **Heimatort:** Meilen/ZH und Schattenhalb/BE, Ehrenbürger von Lü im Val Müstair – **Wohnort:** Herrliberg/ZH, verheiratet, 4 Kinder, 12 Enkelkinder – **Ausbildung:** 2 Jahre landwirtschaftliche Lehre in Ossingen/ZH, Jus-Studium in Zürich, Montpellier und Paris, Promotion zum Doktor beider Rechte – **Berufliche Karriere:** Eintritt in die Rechtsabteilung der EMS-Chemie nach Abschluss des Studiums, Direktionsvorsitzender der EMS-Chemie AG (ehemals Emser Werke), Übernahme der Aktienmehrheit der EMS-Chemie Holding AG, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der EMS-Chemie Holding AG, Medienunternehmer – **Militärische Laufbahn:** Oberst, ehemaliger Kdt Ls Rgt 41 – **Politischer Werdegang:** Mitbegründer des «Studentenrings» an der Universität Zürich, Mitglied des Gemeinderates Meilen, Kantonsrat, Präsident der SVP des Kantons Zürich, Nationalrat, Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), Bundesrat und Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes, Präsident des Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt, 2018 Rücktritt von allen politischen Mandaten

Stoppt die EU-Trickser im Bundeshaus

Von Nationalrat und Ständeratskandidat Roger Köppel, Chefredaktor und Herausgeber der Weltwoche

Im Mikado-Spiel hat verloren, wer seine Stäbe als Erster bewegt. Im Kampf um den EU-Anbindungsvertrag hat offenbar verloren, wer sich vor den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober festlegt. Das Thema wird von jenen Parteien, die das EU-Diktat wollen, grossräumig umgangen.



Sie alle wollen am liebsten überhaupt nicht davon reden. Doch sie stecken alle unter einer Decke: Economie-suisse, Arbeitgeberverband, FDP, CVP,

Grünliberale, Grüne und SP. Selbst die Gewerkschaften werden – geködert mit einigen Zugeständnissen zum Schaden des freien Arbeitsmarktes – Ende Jahr ins befürwortende Lager wechseln.

Erfolgsmodell Schweiz gefährdet

Die Schweiz ist ein ursprünglich mausarmes Land. Nur dank ihrer Staatssäulen wurde der einzigartige Erfolg im Hinblick auf Wohlstand, Frieden und sozialen Ausgleich möglich. Die Säulen dieses Erfolgs heissen direkte Demokratie, Föderalismus

und bewaffnete Neutralität. All dies wäre durch den Anbindungsvertrag mit der EU gefährdet. Die EU könnte bei der Personenfreizügigkeit, den Landwirtschafts- und Industrienormen, bei der Energieversorgung, ja selbst bei den Nord-Süd-Verkehrsachsen ihre Regeln durchsetzen.

Volkentscheide ade

Die Bürger als Chefs wären zur Seite geschoben. An ihre Stelle treten das EU-Recht und das EU-Gericht. Man wird uns vorgaukeln, wir dürften ja immer noch abstimmen, müssten einfach die «Ausgleichsmassnahmen» von Brüssel in Kauf nehmen. Das ist so zynisch, wie wenn den Auto-

Ausweisenzug, Gefängnisstrafe und fünfstelliger Busse tragen.»

«Die EU-Anbindungs-koalition scheut das Tageslicht.»

fahrern gesagt würde: «Ihr seid völlig frei, mit 180 Kilometern pro Stunde durch eine 30er-Zone zu rasen. Ihr müsst einfach die Ausgleichsmassnahmen von sofortigem, ewigem

Über all das müsste man eigentlich vor den Wahlen reden. Doch die EU-Anbindungskoalition scheut das Tageslicht. Sie wollen das Volk und die Kantone nach dem 20. Oktober überrumpeln. Lassen Sie sich dieses Täuschen und Tricksen nicht gefallen! Wählen Sie nur Volksvertreter, die zu unseren bewährten Staatssäulen stehen!

Wie ein Match Schweiz-Deutschland, bei dem Deutschland die Regeln macht

Von Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer

Was der EU als sogenanntes Rahmenabkommen mit der Schweiz vorschwebt, ist nichts anderes als ein Unterwerfungsvertrag – zum einseitigen Nutzen der EU. Kein anderer Staat dieser Welt würde so etwas eingehen.



Seit 700 Jahren kennt die Schweiz bilaterale Verträge. Das etwas hochtrabende Wort «bilateral» heisst ganz einfach: «zweiseitig», «zwei Seiten betreffend». Es handelt sich dabei um Abkommen mit allen Ländern, abgeschlossen zum gegenseitigen Nutzen beider Partner – auf Augenhöhe, zwischen zwei Gleichberechtigten. Das ist das Selbstverständlichste der Welt. Allein mit der EU kennt die Schweiz über 150 bilaterale Verträge.

mehrjähriger Verhandlungen ist das jetzt vorliegende institutionelle Abkommen.

EU-Abkommen entmacht die Schweizer Bürgerinnen und Bürger

Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges. Volk, Kantone und Parlament hätten in den wichtigsten Fragen unseres Landes nichts mehr zu sagen. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger wären als oberste Gesetzgeber in zentralen Teilen unserer Wirtschafts-, Sozial- und Aussenpolitik entmacht. Wir müssten automatisch fremdes Recht übernehmen, fremde Richter akzeptieren, und bei missliebigen Abstimmungen dürfte uns die EU ganz legal bestrafen.

Es wäre wie ein Fussballspiel zwischen der Schweiz und Deutschland, bei dem die Deutschen die Regeln machen, diese während des Spiels einseitig ändern, den Schiedsrichter stellen und unsere Mannschaft erst noch ganz legal ins Schienbein treten dürften. Ich kenne unter den

Doch im Jahr 2008 teilte die EU der Schweiz erstmals unmissverständlich mit, dass sie diese Art von bilateralen Verträgen nicht mehr will. Brüssel verlangt statt der Rechtsentwicklung zwischen Gleichberechtigten neu einen «Rahmen» für alle bisherigen und sämtliche künftigen Abkommen, wonach die Schweiz die von der EU vorgegebenen Änderungen übernehmen muss. Das Resultat entsprechender

«Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges.»

194 Staaten dieser Welt keinen einzigen, der sich durch einen ähnlichen «monolateralen» Unterwerfungsvertrag derart auf Gedeih und Verderben an ein anderes Staatsgebilde gebunden hat.

und unsere Mannschaft erst noch ganz legal ins Schienbein treten dürften. Ich kenne unter den



Der EU-Rahmenvertrag – Ein aufgezwungenes Korsett

Von Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin

Das vom Bundesrat mit der EU ausgehandelte Rahmenabkommen sei angeblich für die Schweiz massgeschneidert, sagen die, die es ausgehandelt haben. Das Gegenteil ist der Fall: Dieser Vertrag würde uns in jeder Hinsicht die Luft abschnüren.



Das vom Bundesrat präsentierte institutionelle Abkommen mit der EU (InstA) passt uns nicht. Es ist gar nicht «massgeschneidert». Diese EU-Schneider haben kein einziges Mal

Mass genommen an uns Schweizern ... Der Vertrag ist vielmehr ein Korsett, das uns übergestülpt und aufgezwungen wird! Es zwingt uns

«Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet.»

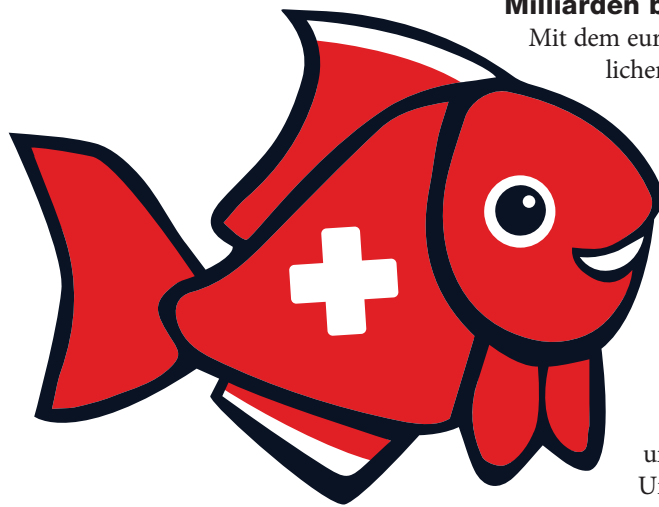
Noch einfacher einwandern

Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet, Aufenthaltsrecht und Familiennachzug werden noch stärker vereinfacht. Die Masseneinwanderung wird zunehmen und die Wohnungsknappheit, steigende Mieten, überfüllte Strassen und Züge auch. Unsere Sozialwerke werden zu höheren Lohnabzügen und niedrigeren Leistungen gezwungen. Die langjährige Sozialpartnerschaft wird ersetzt.

gierende Mieten, überfüllte Strassen und Züge auch. Unsere Sozialwerke werden zu höheren Lohnabzügen und niedrigeren Leistungen gezwungen. Die langjährige Sozialpartnerschaft wird ersetzt.

Milliarden bezahlen

Mit dem europäischen Verbot staatlicher Beihilfen dürfen sich Kantone und Gemeinden nicht mehr wirtschaftlich engagieren ohne Genehmigung der EU. Das trifft die kantonalen Steuersysteme: Anreize für Ansiedlungen, Wirtschaftshilfen, Steuervergünstigungen und regionalpolitische Unterstützungen in den Kantonen sind dann nicht mehr möglich. Eine europäische Mehrwertsteuer



Jetzt für die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Schweiz eintreten.

Der Kampf gegen das sogenannte **EU-Rahmenabkommen**, den geplanten **Unterwerfungsvertrag**, führt das überparteiliche Komitee «EU NO». Das Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt besteht aus zahlreichen namhaften Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz. Präsiert wird das Komitee von Nationalrat und Weltwoche-Herausgeber Roger Köppel. Werden auch Sie noch heute Mitglied auf www.eu-no.ch oder füllen Sie den **Beitrittstalon auf Seite 8** aus.

Werden Sie Mitglied im überparteilichen Komitee «EU NO»!



Die Nettozuwanderung ist 2018 mit über 50'000 Personen – das ist einmal die Stadt Biel – immer noch sechsmal höher als der Bundesrat der Bevölkerung bei der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit weismachen wollte.

von über 15 % verteuert unsere Einkäufe. Bewährte Institutionen der Schweiz sind nicht mehr zugelassen: Wasserkraftwerke, Stromnetzanbieter, kantonale Gebäudeversicherungen, SUVA, Kantonalbanken, Spitäler, aber auch in Sport, Kultur und Freizeit! Sogar unser erfolgreiches Ausbildungssystem wäre nicht mehr möglich. Und das «Beste» zum Schluss: Für all das müssten wir auch noch Milliarden an Franken zahlen! An heutige und zukünftige

EU-Programme und natürlich die Kohäsionsmilliarden!

Stimmrecht aufgeben

Nein! Dieses Korsett lassen wir uns nicht überstülpen! Der Rahmenvertrag stellt den Erfolg und die Selbstbestimmung der Schweiz auf den Kopf. Er nimmt dem Bürger die Stimmrechte weg. Das wollen wir nicht! Der Bundesrat muss den Vertrag entschieden zurückweisen!

Institutionelles Abkommen – Lesen Sie, was die EU wirklich will

Dieses Abkommen, auch EU-Rahmenvertrag genannt, ist auf dem Tisch. Alle – ausser der SVP – wollen es. Aber niemand – ausser der SVP – möchte vor den Nationalratswahlen am 20. Oktober darüber reden. Verständlich! Denn, wer den Rahmenvertrag im Wortlaut liest, merkt schnell: Der sogenannte Rahmenvertrag ist ein Unterwerfungsvertrag, der das Ende der direkten Demokratie sowie der Unabhängigkeit, der Freiheit und Selbstständigkeit der Schweiz bedeutet. CVP, BDP, FDP, Grüne, Grünliberale und SP sind bereit, unser Land zu verkaufen.

Lesen Sie selbst auf: www.eu-no.ch

(Klicken Sie in der Menüliste der Internetseite www.eu-no.ch auf «Kommentiertes Insta»)

Mehr Geld für die AHV statt fürs Ausland

Von Nationalrat Marcel Dettling, Landwirt

Der Bund gibt immer mehr für das Ausland aus. Das will die SVP ändern und für die Schweizer die AHV-Renten sichern. Von den jährlich gegen 5 Milliarden Franken, die allein der Bund für die Asyl- und die Entwicklungshilfe ausgibt, soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenfalls ist die Kohäsionsmilliarde in die AHV statt an die EU zu zahlen.

Der vom Volk verlangte Inländervorrang wurde von einer SP-FDP-Allianz in einen Ausländervorrang verkehrt. Dabei ist die Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 4,8 Prozent höher als in Deutschland. Die Zuwanderung kostet die Schweiz Unsummen an Sozialbeiträgen, Integrationskosten und für den Ausbau der Infrastruktur. Gleichzeitig zahlt der Bund jährlich die riesige Summe von gegen 5 Milliarden Franken für das Asylwesen und die Entwicklungshilfe. Das ist mehr, als die Schweiz für die eigene Sicherheit ausgibt, und sogar fast zweimal das, was die Schweizer Landwirtschaft kostet. Dazu kommt noch die geplante Kohäsionsmilliarde für die EU. Die Schweiz leistet immer mehr für das Ausland

und für die Versorgung von Sozialmigranten aus aller Welt. Das ist inakzeptabel, und Gegenmassnahmen sind zwingend. Die Begrenzungsinitiative der SVP sorgt dafür, dass die Schweiz die Zuwanderung endlich entsprechend dem Volkswillen selber steuern kann. Es braucht aber auch neue Prioritäten bei der Verwendung der Bundesgelder. Von der Entwicklungs- und Asylhilfe soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenso sollen die 1,3 Milliarden Franken nicht an die EU bezahlt werden. Vielmehr soll das Geld den Menschen in der Schweiz zugutekommen – zur Sicherung der AHV-Renten des hart arbeitenden Mittelstandes.

Arbeit muss sich wieder lohnen

Von Nationalrätin Sandra Sollberger, Malermeisterin

Einst als Überbrückungshilfe in Notlagen gedacht, ist die Sozialhilfe heute für bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa für Personen aus dem Asylbereich, längst zum bedingungslosen Grundeinkommen geworden. Eine fatale Fehlentwicklung, die Arbeit unattraktiv macht und die die Schweizer Steuerzahler Milliarden kostet.



Wenn die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) verkündet, Kürzungen in der Sozialhilfe seien unmöglich und unmenschlich, dann ist das reine Sozialarbeiter-Propaganda. Gemäss SKOS-Richtlinien erhält ein Ein-

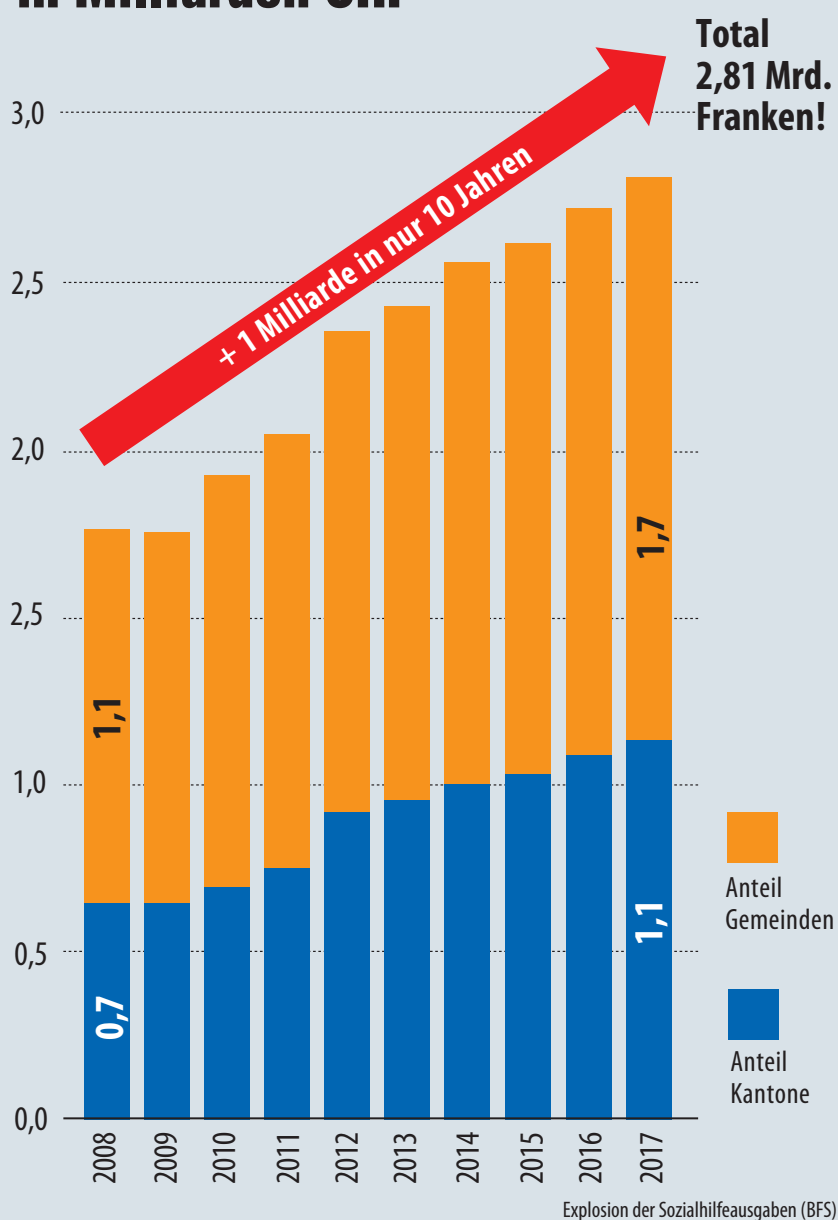
personenhaushalt einen monatlichen Bargeld-Grundbedarf von 986 Franken, ein Vier-Personen-Haushalt erhält 2'110 Franken. Wie die Betroffenen dieses Geld ausgeben, steht ihnen frei.

Denn anders als die SKOS dies suggeriert, ist der Grundbedarf bei Weitem nicht alles, was Sozialhilfebezüger bekommen. So kommt beispielsweise eine vierköpfige Familie mit Miete, Krankenkassenprämien (KVG) und sogenannten situationsbedingten Leistungen (zum Beispiel Zahnarzt, Dentalhygiene, Kinderkrippe, Schulmaterial, ÖV-Abos etc.) auf Leistungen von monatlich über 5'000 Franken. Dies notabene steuerfrei.

Wer den Unterhalt seiner Familie mit bezahlter Arbeit bestreiten will, der muss deutlich mehr verdienen, als er von der Sozialhilfe als steuerfreie Nettoleistung bekommt. Denn sonst lohnt sich Arbeit nicht. Es ist allerdings illusorisch, zu glauben, dass jemand mit ungenügender Ausbildung und ohne Arbeitserfahrung monatlich mehr als 6'000 Franken verdient.

Deshalb braucht es nicht mehr Geld für die Sozialhilfe, sondern mehr Anreize, zu arbeiten. Die Fleissigen und Motivierten sollen belohnt werden. Die Integrationsunwilligen und die Faulen hingegen sollen nur noch ein Minimum an Unterstützung erhalten. Öffentliche Sozialhilfe ist verbunden mit einer generellen Arbeitspflicht.

Kostenexplosion in der Sozialhilfe in Milliarden CHF



Kämpfen Sie mit uns für mehr Sicherheit

Von Nationalrat Walter Wobmann, Präsident Egerkinger Komitee



Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» erhöht die Sicherheit. Sie setzt Saubannerzügen vermummter Vandalen und Chaoten, wie sie an Sportanlässen, Demonstrationen oder im Gefolge der 1.-Mai-Umzüge regelmässig vorkommen, endlich ein Ende.

Zudem schützt ein Verhüllungsverbot die in der Schweiz verbrieften Freiheitsrechte der Frauen. Dass Frauen ebenso wie Männer in der

Öffentlichkeit ihr Angesicht jederzeit zeigen, ist auch ein Gebot elementarer Gleichberechtigung. Die Schweiz ist der Tradition der Freiheit verpflichtet. Freie Menschen – Frauen und Männer – blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen. Niemand darf gezwungen werden, sein Gesicht zu verhüllen. Die Initiative wird im nächsten Jahr zur Abstimmung kommen. Wir zählen auf Ihre Unterstützung.



Frei und sicher.



www.svp.ch

SVP wählen!





Was will die Begrenzungs-Initiative der SVP?

Die Begrenzungsinitiative will eine massvolle und eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Sie kommt voraussichtlich im Mai 2020 zur Abstimmung. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 sind netto 1,1 Millionen Menschen in die Schweiz eingewandert. Und noch immer kommen jährlich 60'000 bis 80'000 Zuwanderer hinzu. Dies mit weitreichenden Folgen für unser Land. Die Befürworter der Personenfreizügigkeit behaupten, diese sei zentral für die Wirtschaft. Das stimmt nur dann, wenn man die Wirtschaft isoliert betrachtet und die übrigen Kosten ausser Acht lässt – bei-

spielsweise für die Sozialwerke, die Bildung, das Gesundheitswesen oder die Sicherheit. Und wenn man zudem darüber hinwegsieht, dass die Personenfreizügigkeit vor allem über 50-jährige Arbeitnehmer massiv unter Druck setzt, weil sie leicht durch jüngere und billigere Ausländer ersetzt werden können. Ein Problem, das der Bundesrat mit einem neuen Sozialwerk «Überbrückungsrente» lösen will.

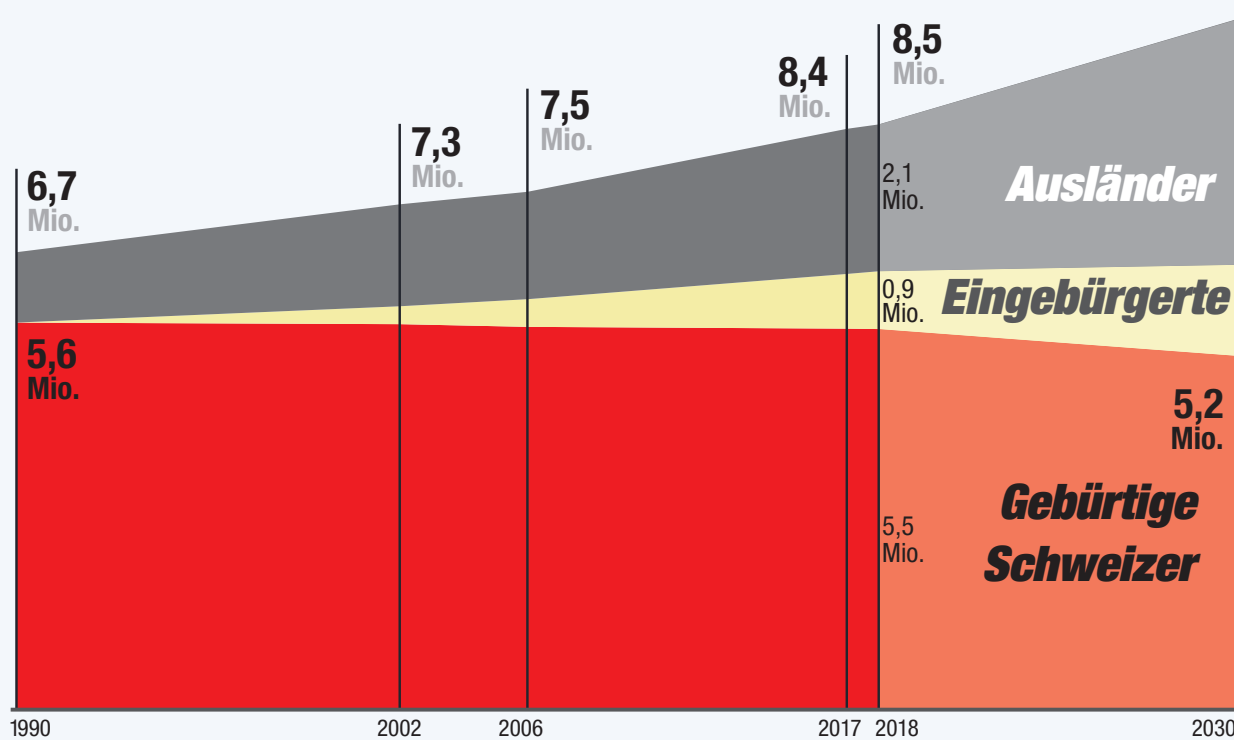
Das Bedürfnis der Wirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften kann auch einseitig, aber kontrolliert von der Schweiz erfüllt werden. D.h. ohne Freizügigkeitsabkommen, aber ent-

sprechend unserer Verfassung unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Situation und mit einem Inländervorrang, der die älteren Arbeitnehmer wirksam schützt. Die Haltung der SVP ist klar: Diese gravierenden und teuren Folgen der Zuwanderung kann die Schweiz nur mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung in den Griff bekommen. Dies ist heute wegen der Personenfreizügigkeit jedoch nicht möglich: Denn mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU haben 500 Millionen EU-Bürger einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung in die Schweiz.

www.begrenzungsinitiative.ch

Schon bald 10-Millionen-Schweiz?

10 Mio.



Immer mehr Einwanderung sorgt für Bevölkerungsexplosion.

Quelle: BFS, Entwicklung ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz plus eigene Hochrechnung. Einbürgerungen pro Jahr ab 1990 kumuliert.

Meinung

Die Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz?

Christoffel Brändli über Zuwanderung und Umweltpolitik

In den letzten dreizehn Jahren hat die Bevölkerung der Schweiz durch die Zuwanderung um mehr als 1 Million Einwohner zugenommen. Mit Ausnahme der SVP wollen alle anderen Parteien weiterhin eine von der EU bestimmte Zuwanderung und gehen von einem Wachstum unserer Bevölkerung auf 10 Millionen aus.

Offenbar will man aus kurzfristigen Geschäftsinteressen diese Entwicklung und blendet deren Auswirkungen «grosszügig» aus. In der Tat laufen wir Gefahr, die Qualitäten unseres Wohlfahrtsstaates aufzugeben. Warum?

Das Bevölkerungswachstum sowie die wachsenden Bedürfnisse bedingen die Bereitstellung von 20-30% mehr Wohnraum. Das bedeutet entsprechenden Landverschleiss oder bei konzentrierter Bauweise die Entwicklung von Slums in unseren Agglomerationen. Bereits heute nehmen wir diese Entwicklung wahr ohne darauf zu reagieren. Haben Sie einmal überlegt, was es beispielsweise für die Stadt Chur bedeuten würde, 30% mehr Wohnungen zur Verfügung stellen zu müssen? Wo sind die Grünliberalen, die sich kürzlich noch für die Schonung unserer Kulturlandschaft stark machten?

Dabei ist nicht nur der Wohnraum das Problem. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen belasten unsere bereits heute überforderten Verkehrsinfrastrukturen zusätzlich. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen bedeuten mindestens 500'000 zusätzliche Autos oder einen nicht finanzierbaren Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Unsere Sozialeinrichtungen (AHV, Fürsorge, Krankenversicherung und andere mehr) werden noch unfinanzierbar. Allein für die Finanzierung der zusätzlichen AHV-Renten müssten wir in Zukunft zwei bis drei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Ein Ding der Unmöglichkeit im sich abzeich-

nenden Digitalzeitalter! Eine 10-Millionen-Schweiz wird aber auch viel mehr Energie konsumieren. Woher diese beschafft werden soll, steht heute in den Sternen. Auch unsere Gesellschaft ändert sich dramatisch. Eine Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen wird es aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Schüler immer schwieriger Lernziele zu erreichen. Statt eine Einheit der Bevölkerung zu bilden, verzetteln wir uns immer mehr in verschiedene Volksgruppen, die wohl hier leben, aber kaum mehr etwas miteinander zu tun haben.

Wie reagiert die Politik auf diese Entwicklungen? Man gründet eine Klimaallianz (was das auch immer heissen mag) und versucht von sich abzeichnenden Problemen mit der masslosen Zuwanderung abzulenken. Die Grossindustrie verdankt ihr diese Haltung, weil sie kurzfristig dank der Zuwanderung mehr Gewinne einheimsen kann.

Es ist an der Zeit, dass das Schweizer Volk aufwacht und seine Zukunft selbst in die Hand nimmt. Es ist fünf vor zwölf – das Rahmenabkommen mit der EU, mit dem wir uns der EU definitiv unterwerfen, steht kurz vor der Umsetzung. Damit hätte das Masslose Ihr Ziel erreicht: die endgültige Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz, das auf Selbstbestimmung, Bescheidenheit und Freiheit aufbaut.

Christoffel Brändli ist alt Regierungsrat und alt Ständerat. Er wohnt in Landquart (GR).

Der Umwelt zuliebe – Zuwanderung begrenzen

Das Resultat der ungesteuerten Massen-Zuwanderung: In den letzten 13 Jahren wanderte eine Million Menschen in die Schweiz ein. Ein Bevölkerungszuwachs, der unserer Umwelt, unserem Klima direkt schadet. Denn die Konsequenzen für unser Land durch diese masslose Zuwanderung sind gravierend: In den letzten 13 Jahren wurden Grünflächen im Umfang von 57'000 Fussballfeldern bebaut. Das sind 407 Millionen Quadratmeter Natur, die zubetoniert wurden. Dies unter an-

derem für 454'000 neue Wohnungen. Eine Million Zuwanderer bedeutet aber auch 543'000 Autos und 789 Busse mehr auf den Strassen sowie 9 Milliarden zusätzlich zurückgelegte Kilometer. Mit einer Million Zuwanderer verbraucht die Schweiz mindestens 2 Milliarden Kilowattstunden mehr Strom pro Jahr. Dies entspricht der Leistung von über 500 Gross-Windanlagen. Und schliesslich verbraucht eine Million Zuwanderer jährlich 59 Milliarden Liter Wasser.

Schweiz nicht weiter zubetonieren!



Fragen

– zu den Wahlunterlagen?
– zu den Wahlen?

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren. Wie wählt man richtig? Wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 bis 18.00 Uhr für Sie da.



Gratis-Wahlhotline:

0800 0 1291 0

Mail:

wahlen@svp.ch



In einer dunklen Kammer...



...kurz nach 21.00 Uhr trifft sich die Speerspitze der wählerstärksten Partei der Schweiz. Die wohl verrückteste Zeit im politischen Leben nimmt damit wieder ihren Anfang ...
Schauen Sie «Wahlkampf – Der Film» auf:

www.wahlkampfderfilm.ch



Grosses Wahl-Quiz Mitmachen und gewinnen!

www.svp.ch/wettbewerb



1 Was bedeutet das geplante EU-Rahmenabkommen für die Schweiz?

- ☐ Einverleibung der EU in die Schweiz = FA
- ☐ Unterwerfung der Schweiz durch die EU = SV



2 Wie viele Einwanderer sind seit 2007 netto in die Schweiz gekommen?

- ☐ rund 100'000 = KE
- ☐ rund 1'000'000 = PW



3 Wen können Sie gratis anrufen, wenn Sie Fragen zum Ausfüllen Ihrer Wahlunterlagen haben?

- ☐ Mike Shiva = NE
- ☐ SVP-Gratis-Wahlhotline = AE



4 Wie lautet der Wahlspruch der SVP für die eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober?

- ☐ «Freibier auf sicher» = W
- ☐ «Frei und sicher» = H



5 Auf wie viel Prozent würde die MwSt. in der Schweiz (aktuell 7,7 %) bei einem EU-Beitritt steigen?

- ☐ Auf mindestens 10 % = S
- ☐ Auf mindestens 15 % = LE



6 Wer hat's gesagt? «Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die 'Fortsetzung' des bilateralen Weges?»

- ☐ Thomas Matter, SVP-Nationalrat = N
- ☐ Christa Markwalder, FDP-Nationalrätin = !

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:
www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

1 2 3 4 5 6

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 20. Oktober 2019

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2019 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Frei und sicher. So soll unsere Schweiz bleiben. Ich helfe mit!

- ☐ Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
 - ☐ Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
 - ☐ Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
 - ☐ Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** zur Verfügung zu stellen.
- Bitte schicken Sie mir:
- _____ A0-Allwetter-Plakate (fest) (A0 = 84,1 cm x 118,9 cm)
- _____ A2-Papier-Plakate (A2 = 42 cm x 59,4 cm)
- ☐ Ich unterstütze die **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
 - ☐ Ich spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5** der SVP Schweiz.
 - ☐ Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
 - ☐ Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.
 - ☐ Ich möchte Mitglied des überparteilichen Komitees «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» werden (Artikel dazu auf Seite 5).

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

www.svp.ch



Die Bündner Ständeratskandidatin Valérie Favre Accola

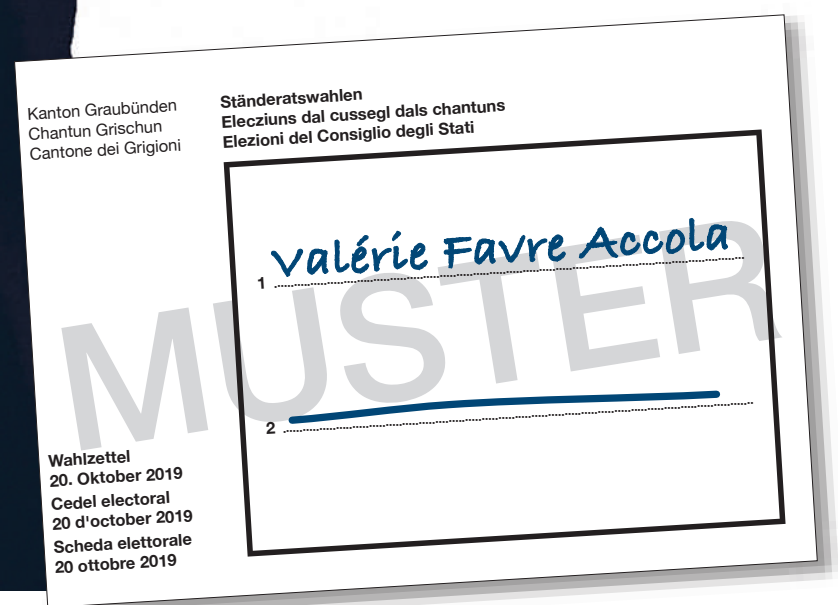


Valérie Favre Accola ist 1973 in Fribourg geboren und in Davos aufgewachsen. Nach dem Besuch der Mittelschule SAMD studierte sie erfolgreich an der Uni Fribourg (lic. phil.).

Valérie Favre Accola wohnt heute mit ihrer Familie in Davos. Sie ist verheiratet mit dem ehemaligen Skirennfahrer und Weltcupsieger Paul Accola und glückliche Mutter von drei Kindern im Alter von 11 bis 17 Jahren.

Valérie Favre Accola bringt den nötigen Leistungsausweis für das hohe Amt mit. Sie ist Kleine Landrätin in Davos (Exekutivmitglied) und führt das Departement Bildung und Energie. Zudem ist sie Mitglied des Grossen Rates, nimmt dort Einsitz in der Kommission für Bildung und Kultur. Als Unternehmerin trägt sie zum Erfolg eines Klein- und Mittelbetriebes bei. Sie engagiert sich seit Jahren in der Kultur wie im Sport.

Nach fast 50 Jahren Frauenstimmrecht ist es Zeit, erstmals eine profilierte Bündner Frau in den Ständerat zu wählen. Deshalb auf jeden Wahlzettel als Ständerätin und als Nationalrätin: **Valérie Favre Accola**



14

Liste Martullo


Magdalena Martullo-Blocher

50, Meilen/Lenzerheide, verheiratet, drei Kinder, Unternehmerin

Aktivitäten: Nationalrätin, Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben, Vorstandsmitglied von scienceindustries, Vorstandsmitglied von economie-suisse, Vizepräsidentin der SVP Schweiz

Freizeit: Familie, Berge, Musik

martullo-blocher.ch


Livio Zanolari

64, Coira e Poschiavo, Docente scuola sec. phil. I

Attività: Esperto di comunicazione. Ex capo Servizio informazione del Dipartimento fed. di giustizia e polizia. Nonno di 6 nipotini.

Tempo libero: Pesca, podismo, autore di aforismi

liviozanolari.ch


Thomas Roffler

48, Grösch, verheiratet, drei erwachsene Kinder, Landwirt

Aktivitäten: Gemeindevorstand, Grossratsstellvertreter, Präsident Bündner Bauernverbände, Vorstand Schweizerischer Bauernverband, Landwirtschafts-kommission SVP Schweiz

Freizeit: Familie, Wandern

Gian Marco Tomaschett

33, St. Moritz, verheiratet, ein Kind, Eidg. dipl. Elektroinstallateur

Aktivitäten: Gemeinderatspräsident St. Moritz, Präsident SVP Oberengadin, Mitglied Verwaltungskommission St. Moritz Energie

Freizeit: Eishockey, Skifahren, Langlauf, Bike, Wandern, Reisen

facebook.com/pg/GianMarcoTomaschett


Peter Kamber

50, Chur/Küblis, verheiratet, drei Kinder, Sekundarlehrer phil II / Oberst im Generalstab

Werdegang: Sekundarlehrer, Schulleiter EDK, Berufsoffizier

Aktivitäten: Vorstand SVP Chur, alt Präsident Bildungskommission Stadt Chur, alt Präsident Kantonale Zuweisungskommission, alt Kommandant Gebirgsinfanteriebataillon 85, Chef Führungsdienst

svp-chur.ch

Magdalena Martullo-Blocher

Taten statt Worte – zur Klimapolitik

Magdalena Martullo-Blocher hat sich in Bern als engagierte Vertreterin von Bündner Anliegen profiliert. Die erfolgreiche Chefin der EMS-CHEMIE hat auch in ihrem Unternehmen einmaliges geleistet. Andreas Florin hat mit der Nationalrätin und Unternehmerin gesprochen.

Frau Martullo-Blocher, was sagen Sie zur aktuellen Klimadebatte?

Viele Menschen sorgen sich. Links-grüne Kreise nutzen das schamlos aus. Mit Pseudomassnahmen ziehen sie den Bürgern das Geld aus der Tasche und verteuern Energie, Benzin und das Wohnen. Geld fliesst zu Beratern und an staatliche Regulatoren – ohne dass es der Umwelt etwas nützt. Stattdessen sollten wir auf echte Nachhaltigkeit setzen. In der Schweiz kümmern wir uns bereits seit Jahrzehnten aktiv um die Umwelt.

Welche Verbesserungen wurden erreicht?

Die Schweiz hat ihren CO₂-Ausstoss seit 1990 um 14% und die Treibhaus-



gase um 12% verringert. Die Schweizer Industrie hat ihren CO₂-Ausstoss um 30%, die Chemie/Pharma sogar auf unter 50% gesenkt – aus eigener Motivation und mit innovativen Ideen. Die Selbstverpflichtung hat sich bewährt!

Das Bundesamt für Energie prämierte die EMS-Chemie aufgrund Ihrer CO₂-Reduktion um 85%! Wie haben Sie das erreicht?

Früher heizten wir unsere Anlagen mit Erdgas. Ich wollte eine Alternative. Wir siedelten 2006 ein Biomassekraftwerk auf unserem Werkplatz an.

Tegra produziert Dampf aus Holzabfällen und ist das erste grossindustrielle Biomassekraftwerk der Schweiz und das grösste in Mitteleuropa.

Wieviele stecken Sie jährlich in Massnahmen, um Energie oder Ressourcen zu sparen?

Bei EMS wenden wir für Umwelt und Sicherheit jedes Jahr 15 Millionen Franken auf. Bei der Nachhaltigkeit geht es nicht nur um CO₂, sondern auch um Wasser, Luft und den Energieverbrauch. Seit 2001 konnten wir unseren Wasserverbrauch auf 40% reduzieren. Wir betreiben eine eigene

Abwasserreinigung, auch noch für umliegende Gemeinden. Um die strengen Luftreinhaltevorschriften einzuhalten, haben wir 1 500 Luftfilter im Einsatz und messen die Luftqualität dreimal pro Woche. Den Energieverbrauch konnten wir dank Hunderten von Massnahmen und speziellen Energiejägern seit 2001 um die Hälfte reduzieren. So setzen wir moderne Pumpen ein, isolierten 150 km Leitungen und entwickeln neue Produktionsprozesse. Gerade geht eine neue Anlage in Betrieb, die nur noch die Hälfte an Energie benötigt. Neu sollen auch noch 20 000 Haus-

halte in der Region mit Abwärme von EMS beheizt werden.

Warum machen Sie das alles?

Für uns als 83-jähriges Familienunternehmen ist ein langfristiges, nachhaltiges Wirtschaften selbstverständlich. Das leben wir auch bei unseren 140 Lernenden. Gerade der Kanton Graubünden mit dem Tourismus und der Landwirtschaft ist wirtschaftlich auf eine intakte Natur angewiesen. Das berücksichtige ich als grösste Unternehmerin und als Nationalrätin des Kantons.

Links-Grün fordert höhere Abgaben auf Strom, Benzin, Erdöl, eine Flugticketabgabe und viele weitere Verbote und Vorschriften. Ist das der richtige Weg?

Eine massive Verteuerung der Energie, bis wir sie uns nicht mehr leisten können, ist nicht intelligent. Im Unterschied zu Links-Grün setzen wir von der SVP auf Fortschritt und nicht auf Rückschritt. Wenn wir nicht auf unser modernes Leben verzichten wollen, müssen wir innovative technische Entwicklungen haben. Diese kommen aber nie vom Staat. Das Geld, das die grüne Politik dem Bürger aus der Tasche zieht, wird meist in marktuntaugliche Subventionen gesteckt. Das hilft dem Klima und dem Bürger nicht. Wir müssen tragfähige Lösungen entwickeln!

16

Liste Brand

**Heinz Brand****64, Klosters, verheiratet, eine erwachsene Tochter, Jurist****Aktivitäten:** Nationalrat, Vizepräsident Nationalrat, Staatspolitische Kommission, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, Präsident von «Santésuisse», Vizepräsident Klosters Kunst & Musik**Freizeit:** Skifahren, Skaten, Kochen, Kunst, Reisenheinz-brand.ch**Valérie Favre Accola****46, Davos, verheiratet, drei Kinder, Lizentiat (lic. Phil.), Unternehmerin****Aktivitäten:** Kleine Landrätin Davos, Grossrätin, Mitglied der Kommission für Bildung und Kultur, Präsidentin UHC Iron Marmots, Geschäftsführerin Paul-Accola Stiftung, Vize-Präsidentin Molkerei Davos Genossenschaft und EW Elektrizitätswerk Davos AG.**Freizeit:** mit Familie auf der Alp, in der Natur, Sport und Reisenvalerie-favreaccola.ch**Roman Hug****38, Sams, verheiratet, Dipl.-Ing., Architekt FH****Aktivitäten:** Gemeindepräsident, Grossrat, Vize-Präsident SVP-Fraktion, Mitglied Kommission für Staatspolitik und Strategie, Vorstand Bündner Vereinigung für Raumentwicklung, Förderverein HTW Chur, Hauptmann im KTVS Graubünden**Freizeit:** Reisen, Jagdroman-hug.ch**Ronny Krättli****39, Domat / Ems, verheiratet, zwei Kinder, selbstständiger Plattenleger****Aktivitäten:** Gemeinderat, Mitglied der Kommission kommunales räumliches Leitbild und Alp- & Weidekommission, Präsident SVP Ortspartei Domat/Ems, Vorstand SVP Imboden**Freizeit:** Schützenverein, Unihockey, Fitness, Eishockeysvp-domat-ems.ch**Hanueli Salis****52, Chur, verheiratet, vier Kinder, Landwirt****Aktivitäten:** Bereichsleiter Gutsbetrieb «Plankis», Mitglied der kantonalen Bildungskommission der Landwirte, Vertreter der Marktfahrer am Churer Wochenmarkt, Sportchef beim EHC Lenzerheide

Heinz Brand – bald höchster Schweizer?

Mit der Wahl zum Vizepräsidenten des Nationalrates ist der Weg vorgezeichnet: 2021 soll Heinz Brand – seine Wiederwahl im Herbst vorausgesetzt – Nationalratspräsident werden. Das ist das höchste Amt, das die Schweiz vergibt. Wir haben mit ihm gesprochen.

Was würde dieses Amt für Sie bedeuten?

Persönlich eine grosse Ehre und Anerkennung der intensiven Arbeit der letzten Jahre in Bern. Wichtiger noch ist die Möglichkeit, Präsenz für Graubünden mit seiner ganzen Vielfalt markieren zu können.

Was heisst das konkret?

Das Nationalratspräsidium ist eine Plattform mit grosser Medienpräsenz. Nachdem die nationale Politik sich in den letzten Jahren immer stärker auf die Agglomerationen konzentriert, gibt dieses Amt die Möglichkeit, auf die vielfältigen Probleme der Rand- und Berggebiete, die immer stärker unter der Abwanderung und den Folgen der geringen Geburtenraten leiden, hinzuweisen.



Was ist entscheidend, um in Bern erfolgreich zu politisieren?

Vorerst braucht es Zeit, bis man im Bundeshaus über die nötigen Kontakte sowie über ein gutes Netzwerk verfügt. Ein wesentlicher Vorteil ist die Tatsache, dass ich der grössten Fraktion in Bern angehöre und damit auf eine breite Unterstützung zählen kann.

Was waren Ihre grössten Erfolge in Ihrer bisherigen Amtszeit in Bern?

Positiv zu vermerken gilt es, dass ich in zahlreichen wichtigen Kommissionen als Mitglied oder Präsident wichtige Akzente setzen konnte. Zusammen

mit meiner Ratskollegin Magdalena Martullo-Blocher ist es auch immer wieder gelungen, Mehrheiten für Bündner Anliegen zu beschaffen, so unter anderem bei Anliegen des Tourismus, den Wasserzinsen, der Verkehrserschliessung und der Berglandwirtschaft.

Gab es auch Niederlagen und Enttäuschungen?

Eine Enttäuschung war für mich die Nichtumsetzung der vom Volk angenommenen Masseneinwanderungsinitiative, weil damit soziale Spannungen und erhebliche Umweltprobleme

verbunden sind. Auch die AHV wird längerfristig dadurch vor fast unlösbare finanzielle Probleme gestellt. Ernüchternd war für mich sodann die Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative.

Welches sind die Schlüsselthemen in der nächsten Legislaturperiode?

Es gibt deren unzählige. Dazu einige Stichworte:

- Revision der AHV
- Behandlung des Rahmenabkommens mit der EU: Hier geht es darum, unsere Unabhängigkeit zu wahren und eine Bürokratie à la EU zu vermeiden.
- Kostendämpfungsprogramme im Gesundheitswesen
- Beibehaltung der Wasserzinsen in der heutigen Höhe
- Verkehrserschliessung der Berg- und Randregionen
- Existenzsicherung der Landwirtschaft, insbesondere der Berglandwirtschaft
- Überwindung einer Politik, die vor allem auf die Agglomerationen ausgerichtet ist
- Stärkung unserer Volksrechte
- Wiederherstellung einer freiheitlichen, unbürokratischen Ordnung
- und anderes mehr.

Heute spricht alles vom Klimawandel, andere Probleme scheinen nicht zu existieren. Was ist Ihre Meinung dazu?

Der Klimawandel ist eine einfach feststellbare Tatsache. Über die Gründe gehen die Meinungen aber bereits auseinander und bei den nötigen Massnahmen erst recht. Dabei müssen wir darauf achten, dass die angestrebten Massnahmen das Leben im Berggebiet nicht unnötig belasten. Benzinpreise von 4 bis 5 Franken, wie sie auch schon von den Grünen gefordert wurden, sind für mich deshalb nicht akzeptabel. Man muss dort eingreifen, wo die grössten Belastungen entstehen. So stehe ich kritisch zu Personen, die jährlich mehrmals in der Welt umherfliegen und gleichzeitig gegen den Klimawandel demonstrieren. Umweltschutz betreibt man nicht mit schönen Worten, Umweltschutz ist vom konkreten Verhalten eines jeden Einzelnen abhängig. Daran gilt es vor allem zu arbeiten!

Fahren Sie mit dem Auto nach Bern? Sicher nicht. Ich benutze die Bahn.

Vielen Dank. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei den kommenden Wahlen und viele gute Entscheidungen für unseren Kanton in Bern.

GLISTA LISTA LISTE

8

Junge SVP
Graubünden

Wir setzen uns dafür ein, dass auch zukünftige Generationen in Graubünden glücklich leben können. Dazu gehören ein zeitgemässes Bildungswesen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und vor allem eine freiheitliche, staatliche Grundordnung.



Fabio
Nespolo

23, Küblis, Student
Aktivitäten: Grossratsstellvertreter, Parteileitung JSVP Schweiz, Vize-Präsident JSVP Graubünden, Studenten- und Mittelschulverbinding, AUNS, Korporal Führungsunterstützung Zivilschutz
Freizeit: Eishockey, Wirtschaftsgeschehen, Lesen, Politik

jsvp-gr.ch



Daniel
Meyer

32, Domat/Ems, Betriebsökonom
Aktivitäten: Gemeinderatspräsident, Mitglied der gemeinderätlichen Redaktionskommission, Aktuar und Vizepräsident Guggenmusik Tschapatalpas, Kassier SVP Ortspartei
Freizeit: Familie, Freunde, Guggenmusik, diverse Sportarten

jsvp-gr.ch



Jasmin
Roffler

21, Grüsch, Studentin
Aktivitäten: Mitglied JSVP
Freizeit: Querflöte, Skifahren

jsvp-gr.ch



Thomas
Caduff

22, Igis, Hotel- und Gastronomiefachmann
Aktivitäten: Mitglied JSVP
Freizeit: Schiesssport

jsvp-gr.ch



Michael
Fiegl

30, Chur, Plattenleger, Stv. Geschäftsführer
Aktivitäten: Mitglied JSVP
Freizeit: Klettern, Biken, Motorradfahren, Hochseeschiffahrt

jsvp-gr.ch

GLISTA LISTA LISTE

19

Liste SVP
International

Unser Ziel ist es, auf internationaler Ebene Schweizer Werte – Freiheit, Sicherheit, Demokratie, Solidarität – zu vertreten. Diese Werte sind wichtige Grundlage für freundschaftliche Beziehungen mit andern Ländern.

Wir danken Ihnen, wenn Sie mit Ihrer Stimme bei den Wahlen unsere Bestrebungen unterstützen.



Paul
Accola

52, Davos, verheiratet, drei Kinder, ehemaliger Skirennfahrer, Unternehmer, Grossratsstellvertreter, Mitglied der Sportkommission Gemeinde Davos, Stiftungsratspräsident Paul-Accola Stiftung
Freizeit: Familie, Witii-Alp, Sport

paulaccola.ch



Gabriella
Binkert
Becchetti

59, verheiratet, Sta. Maria V.M., Hotelière/Unternehmerin, Alt-Kreispräsidentin/seit 2013 Vize-Gemeindepräsidentin Val Müstair, Präsidentin des Gewerbe- und Gastroverbandes Val Müstair, Präsidentin Kommission für Kulturelles/Soziales Migros Ostschweiz

binkertbecchetti.ch

GLISTA LISTA LISTE

20

Team 60+
für ein sicheres
Rentenalter

Die Rentnerzahl nimmt – auch wegen der massiven Zuwanderung – stetig zu und gefährdet die Finanzierung unserer Altersvorsorge.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Altersvorsorge für die heutige und für zukünftige Generationen auch gesichert werden kann.



Agnes
Brandenburger-
Caderas

62, Landquart, verheiratet, drei erwachsene Kinder, Grossrätin



Mario
Salis

70, St. Moritz, pens. Polizeihauptmann, Grossrat



Hansjürg
Lippuner

58, D-Steinach, Unternehmer



Johann
Reimann

72, Benissa, Lehrer / Dozent



Andrea
Farhat-
Dähler

37, Elfenbeinküste, Verkauf



Werner
Wyss

74, Muttun/Thusis, in Partnerschaft, pens. Kripo-Dienstchef/alt Kreispräsident



Pietro
Della Cà

71, Brusio, Sposato, Responsabile aziendale, Deputato al Gran Consiglio



Reto
Crüzer

64, Scuol, impressari

Eine florierende Wirtschaft Graubündens braucht spezielle Rahmenbedingungen



Magdalena Martullo-Blocher
Liste 14, Nationalrätin bisher

Im Vergleich mit anderen Kantonen ist Graubünden gebirgig, wenig besiedelt und weit von den grossen Städten entfernt. Das sind keine einfachen Bedingungen für eine florierende Wirtschaft und für den Wohlstand. Graubünden hat es aber geschafft, mit wenigen starken Industriebetrieben, einem vielfältigen Gewerbe und den Pfeilern Touris-

mus, Landwirtschaft und Wasserkraft, erfolgreich zu sein.

Für alle diese Wirtschaftsbereiche setzte ich mich in den letzten vier Jahren in Bern aktiv ein. Erfolge wurden erzielt: Bei den Freihandelsabkommen mit China, Indonesien, Japan, Mercosur und den USA konnten Fortschritte erzielt werden. Das Rahmenabkommen mit seiner Flut von Regulierungen und massiven Einschränkungen für den Kanton Graubünden wurde (vorläufig) nicht unterzeichnet. Die Unternehmenssteuerreform ermöglicht den Kantonen, weiterhin steuerlich attraktiv zu sein. Für kleine und mittlere Unternehmen konnten Ausnahmen bezüglich Regulierungen und Bürokratie erreicht werden. Der Tourismus kann nun für die nächsten zehn Jahre vom tieferen Mehrwertsteuersatz profitieren, Pistenfahrzeuge zahlen weniger Treibstoff-



Für eine gute Ausbildung und nachhaltige Arbeitsplätze.

steuern, Bergbahnen haben gelockerte Revisionspflichten und die Hoteliers können ihre Preise ohne Knebelverträge von Booking.com wieder selber bestimmen. Die Zahlungen des Bundes für die Tourismusvermarktung und die Tourismusförderung bleiben in derselben Grössenordnung erhalten. Die Mittel für die Landwirtschaft wurden nicht mehr weiter gekürzt. Die speziellen Bedürfnisse von Graubünden wurden in die Agrarpolitik 22+ eingebracht. Der sehr strenge internationale Wolfsschutz wird gelockert. Der Wasserzins bleibt für die nächsten vier Jahre, wie er bisher war und im Finanzausgleich konnte eine Lösung mit den Finanzgeber-Kantonen gefunden werden. Wählen Sie mich mit total fünf SVP-Stimmen auf der Liste wieder nach Bern! Bewährt für Graubünden, bewährt für die Schweiz! Ich bleibe dran!

Wir sprachen einmal vom Wasserschloss Europa



Livio Zanolari
Liste 14, Nationalratskandidat

Die Industrie der Wasserkraft wurde im Rahmen der Energiestrategie eindeutig und fahrlässig geschwächt. Die Wasserkraft ist die klimaschonendste Form der Stromproduktion. Sie bietet das sinnvollste Wachstumspotenzial unter den erneuerbaren Energien und wird trotzdem diskriminiert. Durch die einseitige, massive öffentliche Förderung der neuen erneuerbaren Energieträger (Wind- und Sonnenenergie) gerät die saubere, effiziente und umweltfreundliche Wasserkraftenergie ins Hintertreffen. Unser Bundesrat, die Verwaltung und die Politik hätten unsere wichtigste Elektrizitätsressource mit sinnvollen Rahmenbedingungen unterstützen müssen, da eine erhöhte Wasserkraftproduktion die wirksamste Klimapolitik ist.

Gefährliche Zurückhaltung bei Investitionen

Die Investitionen für die Erneuerung der Wasserkraftanlagen sind nach 2011 stark zurückgegangen. Mehrere Energiekonzerne mussten u. a. in den letzten Jahren Wertberichtigungen vornehmen und Beteiligungen verkaufen. Es gibt glücklicherweise auch Ausnahmen. Sehr erfreulich ist zum Beispiel die Gesamterneuerung der Wasserkraftwerkenanlagen im Werte von 150 Mio. Fr. in Poschiavo (Robbia und Miralago). Für diese Projekte werden auch Investitionsbeiträge für Grosswasserkraftwerke bezogen. Abgesehen von wenigen Ausnahmen ist für die nahe Zukunft eine zurückhaltende Investitionstätigkeit im Wasserkraftsektor zu erwarten. Der Schweizerische Wasserwirtschaftsverband geht davon aus, dass nur die drin-



Wasserkraft, Stütze für Graubünden

gendst notwendigen Erneuerungsinvestitionen ausgelöst werden. Mittel- und langfristig führt diese Zurückhaltung zwangsläufig zu einem Substanzverlust der Schweizer Wasserkraftwerke. Ohne wertschöpfende Erneuerungen gibt es kein Wachstum, keine Entwicklung, keine neuen Arbeitsplätze, keine zusätzlichen Einnahmen, keine gute Ausgangslage für die Erneuerung der Konzessionen. Es ist klar, dass unter der Diskriminierung des systemrelevanten Wasserkraftsektors auch die Regionen leiden.

Selber entscheiden!

Der Kanton Graubünden erbringt mit 8000 GWh (Verbrauch GR 2000 GWh) einen beachtlichen Beitrag an die erneuerbare und umweltschonende Stromversorgung und Stabilisierung des Netzes. Es scheint selbstverständlich zu sein, dass die Gemeinden und der Kanton mit eigener Stromver-

sorgung einen vernünftigen Spielraum in ihrer Energiepolitik bekommen müssen. In diesem Zusammenhang soll der Artikel 10 des Energiegesetzes des Kantons Graubünden, welches die Elektroheizungen verbietet, gestrichen werden (bis vor wenigen Jahren haben die KW für diese Art des Heizens Kunden akquiriert). Artikel 10 geht gegen die umweltfreundliche Alternative der Elektroheizung (Verbrauch einheimischer Energie, kleinere Netzbelastung).

Der Verzicht auf eine Elektroheizung, vor allem bei Zweitwohnungen, die nur selten benutzt werden, ist nicht nur eine ökonomische Wertvernichtung und ein volkswirtschaftlicher Schaden, sondern auch energetisch unsinnig, weil auf diese Weise verhältnismässig viel graue Energie bei der Installation verbraucht wird. Die SVP kann unnötige Eingriffe in das Grundrecht der Eigentumsfreiheit nicht akzeptieren.

Die kommenden Herausforderungen sind gross



Thomas Roffler,
Liste 14, Nationalratskandidat

Volksinitiativen, wie die Trinkwasser- oder Pestizidfreiinitiative, fordern einen radikalen und unverantwortlichen Umbau der Schweizer Landwirtschaftspolitik. Es geht in unserem Land um viel, wenn wir über diese zwei Volksbegehren an der Urne befinden werden. Es geht sehr wohl auch um die Frage der Zukunft der eigenständigen Land- und Ernährungswirtschaft und Sicherheit oder ob wir uns in eine ernährungswirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland begeben wollen.

Die SVP als starke politische Kraft unterstützt eine produktive, eigenständige Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft zu Berg und Tal. Gerade im Kanton Graubünden kommt der Alpwirtschaft eine grosse und tragende Bedeutung zu, auch als Basis für

den Tourismus. Es ist wichtig, dass in allen agrarpolitischen Diskussionen auch die Alpwirtschaft und die Meliorationen entsprechend Gehör und Unterstützung finden. Gerade bei den Meliorationen ist es so, dass diese Struktur verbessernden Massnahmen Investitionen für lange Zeit und für Generationen sind. Das Direktzahlungssystem hat vor allem in einem Kanton wie Graubünden eine grosse Bedeutung, auch zur Abgeltung der besonderen topografischen Verhältnisse. Ohne Landwirtschaft wäre eine dezentrale Besiedelung unserer Bergtäler vielerorts nicht mehr möglich. Es ist wichtig, dass innerhalb der Ausgestaltung der AP 22+ keine Vermischung zwischen markt- und gemeinwirtschaftlichen Leistungen stattfindet. Produktion im eigenen Land setzt einen funktionierenden Grenzschutz voraus. Unsere hohen Qualitätsstandards dürfen nicht unterwandert werden mit billig importierten Nahrungsmitteln, die in unser Land gefahren werden. Die SVP steht zu einer eigenständigen Agrarpolitik, die unseren Schweizer Bauernfamilien die Möglichkeit gibt, die Lebensgrundlage zu erarbeiten und Sorge zu tragen zu diesem wertvollen Gut sowie dem Zusammenspiel zwischen Mensch und Natur.



Schweizer Bauernfamilien die Möglichkeit zur Lebensgrundlage schaffen und Sorge dazu tragen.

Dringender Handlungsbedarf bei allen Sozialwerken



Heinz Brand
Liste 16, Nationalrat bisher,
Vizepräsident Nationalrat

Im vergangenen Mai hat die Schweizer Bevölkerung im Rahmen der STAF-Vorlage zwar zum Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung JA gesagt, die längerfristige Sanierung der AHV ist damit aber nicht sichergestellt. Die AHV braucht dringend weitere Mittel, um die steigende Anzahl Renten bezahlen zu können. Bereits heute reichen die laufenden Einnahmen nicht mehr, um die Ausgaben zu decken. Ohne zusätzliche Mittel gerät die AHV völlig aus dem Gleichgewicht und der heute noch mit Milliarden dotierte AHV-Fonds ist bereits in wenigen Jahren leer. Der Bundesrat muss deshalb dringend ein Sanierungskonzept vorlegen, welches die Finanzierung sicherstellt. Im Vordergrund steht die

längst fällige Anpassung des Rentenalters der Frauen an dasjenige der Männer. Weiter sind auch die Leistungen der AHV kritisch zu hinterfragen und zusätzliche Finanzierungsquellen zu prüfen. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Ausgleichsmassnahmen in der Höhe von 700 Millionen Franken und die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0.7 % sind aber inakzeptabel. Vielmehr verlangt die SVP, dass mindestens eine Milliarde Franken Steuergelder von der Entwicklungshilfe zur Sicherung der AHV eingesetzt wird. Nachdem unser Land von der EU mit fragwürdigen Methoden diskriminiert wird, ist es sodann sinnvoller, die Kohäsionsmilliarde anstatt an die EU in die AHV zu bezahlen. Auch die Rückzahlung der Schulden der Invalidenversicherung an die AHV darf nicht länger aufgeschoben werden.

Zweite Säule – Senkung des Umwandlungssatzes

Auch um die zweite Säule ist es keineswegs gut bestellt und auch hier drängen sich ohne Verzug Korrekturmassnahmen auf. Zusätzliches Geld braucht es auch dort. Die steigende Lebenserwartung und die tiefen Zinsen haben das System aus dem Lot gebracht. Finanziert werden die zu ho-



Sparstrumpf oder Sozialwerke: Wie sicher ist die Zukunft?

hen Renten von den Aktiven. Eine Senkung des Umwandlungssatzes ist daher unumgänglich. Der von den Sozialpartnern erarbeitete Vorschlag ist aus Sicht der SVP nicht zielführend, weil er die junge Generation mit zusätzlichen Lohnprozenten belastet. Leidtragende wären generell Arbeitnehmer und Gewerblere, die mehr bezahlen müssten. Die zusätzlichen Abzüge würden zudem der Konkurrenzfähigkeit des Arbeitsplatzes Schweiz schaden. Nicht weniger gut ist es um die Sanierung der Invalidenversicherung bestellt. Die vom Volk 2009 vorgenom-

mene Finanzspritze von jährlich über einer Milliarde Franken hat dem Sozialwerk zwar etwas Luft verschafft. Ohne diese Mittel schreibt die IV weiterhin jedes Jahr ein strukturelles Defizit von mehreren Hundert Millionen und schiebt zudem einen Schuldenberg von zehn Milliarden Franken bei der AHV vor sich her (s. oben). Die Lage der IV wird vom Bund zwar schöngeredet, weitere Sanierungsmassnahmen sind aber auch bei diesem Sozialwerk unumgänglich. Im Vordergrund sind nach Auffassung der SVP deshalb auch hier griffige Sparmassnahmen gefragt, wenn das

Ziel einer schuldenfreien IV nicht weit über das Jahr 2030 hinausgeschoben werden soll.

Krankenkassenprämien – untragbare Belastung

Besonders kritisch ist die Situation aber bei der obligatorischen Krankenkasse, wo die Leistungen und damit die Prämien seit ihrer Einführung im Jahre 1996 jährlich um 4 % angestiegen sind. Die damit faktisch entstandene Verdoppelung der Krankenkassenprämien ist für viele Bürgerinnen und Bürger zu einer grossen, untragbaren Belastung geworden. Nach Auffassung des Bundesrates sind 20 % aller Leistungen überflüssig oder unnötig. Bevor somit weitere Leistungen zu Lasten der Krankenkasse verschoben werden – wie etwa ein Ausbau der Pflege – ist eine Zäsur bei den bisherigen Leistungen unerlässlich. Nach Auffassung der SVP müssen die Fehlanreize im Gesundheitswesen dringend beseitigt werden. Zudem ist eine vermehrte Koordination unter den Kantonen im stationären Bereich unerlässlich. Nur wenn es gelingt, die überbordende Entwicklung im Leistungsbereich unter Kontrolle zu bekommen, ist ein weiterer Anstieg bei den Krankenkassenprämien realistisch.

Nein zu einem EU-Diktat!



Valérie Favre Accola
Liste 16, Grossrätin, Kleine Landrätin,
Nationalrats- und Ständeratskandidatin

Seit Gründung der Eidgenossenschaft hat das Schweizer Volk Unabhängigkeit, Freiheit und Sicherheit als Eckpfeiler unserer Demokratie hochgehalten. Dabei hat sich die Schweiz immer um Offenheit und eine gute Zusammenarbeit mit allen Ländern dieser Erde bemüht. Daraus ist eine Erfolgsgeschichte entstanden: Die Schweiz nimmt in vielen Bereichen – wirtschaftlich und gesellschaftlich – eine Spitzenposition ein.

Der EU-Rechtsprechung unterwerfen

Diese Position der Schweiz ist heute gefährdet, weil immer mehr Politikerinnen und Politiker der anderen Parteien das internationale Recht priorisieren wollen und damit unser Volk entmachten. Mit einem Rahmenabkommen mit der EU sollen wir uns der Rechtsentwicklung und Rechtsprechung der EU unterwerfen. Das bedeutet im Klartext nichts anderes, als dass die Schweiz mit Sanktionen rechnen muss, wenn sie die EU-Vorgaben nicht übernimmt. Es ist klar, dass dies ein Riesenschritt in Richtung EU-Beitritt bedeutet und Volksentscheide noch mehr ausgehebelt werden. Zum Glück fordern nicht alle Unternehmer, den EU-Weg zu beschreiten, um kurzfristig Gewinne zu erzielen. Weitsichtige und erfolgreiche Unternehmen sehen vielmehr in unserer Unabhängigkeit und Wahrung unse-

res Selbstbestimmungsrechtes sehr gute, langfristige Perspektiven. In der Tat liegt die grosse Chance der Schweiz darin, mit allen Staaten und Organisationen Handel zu betreiben und sich nicht nur auf die EU zu fokussieren. Ob mit China, den USA, Indien, Japan oder anderen Ländern eigenständige Verträge abschliessen zu dürfen, ist für unser Land und auch seine Wirtschaft von grösster Bedeutung. Sich den Verträgen anschliessen zu müssen, die Brüssel aushandelt, bedeutet, einen grossen Trumpf unserer Aussenpolitik aus der Hand zu geben.

Direkte Demokratie infrage gestellt

Eine schrittweise Übernahme von EU-Recht für unser Land stellt zudem unsere direkte Demokratie infrage. Über kurz oder lang werden wir beispielsweise unsere Mehrwertsteuersätze auf EU-Niveau erhöhen müssen. Dies spätestens dann, wenn die EU befindet, dass unsere tieferen Steuersätze wettbewerbsverzerrend sind. Auch der Kompetenzbereich der Kantone wird nicht mehr langfristig haltbar sein mit der Anbiederung an die EU! Dass der eigenständige Weg auch Probleme beinhaltet, ist dabei selbstverständlich nicht zu bestreiten. Diese sind aber zu bewältigen. Zwischen EU-Diktat und Freiheit ist in jedem Fall die Freiheit die bessere Option.



Auch der Schweizer Unternehmer Nick Hayek vertritt gemäss Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom 16. März 2019 die klare Auffassung, die «Schweiz wolle und müsse Agreements mit ihren Partnern abschliessen, aber sie dürfe sich nicht erpressen lassen. Aus diesem Grunde ist Swatch-Chef Nick Hayek dezidiert gegen das Rahmenabkommen mit der EU.»

Die Zuwanderung begrenzen



Roman Hug
Liste 16, Gemeindepräsident, Grossrat,
Nationalratskandidat

Die SVP Graubünden setzt sich ein für eine sichere und eigenständige Schweiz ein. Um dies zu erreichen, benötigen wir eine massive Senkung sowie Steuerungsmöglichkeiten der heutigen Zuwanderung. Aus diesen Zielsetzungen ergibt sich auch die klare Ablehnung des Rahmenabkommens und des EU-Beitritts. Doch was hat das nun mit der Senkung der Zuwanderungszahlen zu tun? Eine weitere Anbindung an die EU hätte zur Folge, dass mehr Regulierungen auf uns zukommen und in der Folge auch der Handlungsspielraum für die Steuerung einer zukünftigen Einwanderung weiter begrenzt würde.

Die Ausgangslage vor der Einführung der Personenfreizügigkeit war klar; Bundesrat und Parlament sprachen von einer Nettozuwanderung von ungefähr 10 000 Personen pro Jahr. Und heute stellen wir fest, dass wir diesen Wert um ein Vielfaches übertroffen haben. Und dies wird ohne griffige Steuerungsinstrumente Jahr für Jahr weitergehen.

Ein kleines wohlhabendes Land wie die Schweiz kann diese hohe Zuwanderung auf lange Sicht nicht verkraften. Bereits nach wenigen Jahren sind die Folgen davon konkret sichtbar. Jede Einwohnerin und jeder Einwohner kann dies bereits heute bei der Entwicklung der Sozialhilfekosten, der Veränderung in den Volksschu-



Die Zuwanderung aus den Europäischen Staaten stärker einschränken.

len aber auch bei der inneren Sicherheit beobachten.

Die erwähnten Probleme waren in den ersten Jahren nur in nationalen Statistiken sichtbar. Nun werden aber die Symptome dieser falschen Migrationspolitik auch in den Kantonen und vor allem den Gemeinden spürbar.

Zusammengefasst kann folgendes festgehalten werden:

- Zuwanderung als solche ist nicht grundsätzlich etwas Negatives. Wenn sie jedoch nicht eigenständig

gesteuert werden kann, führt dies unweigerlich zu den oben genannten Problemen.

- Wir benötigen eine selektive Zuwanderung von bei uns beschäftigten Arbeitskräften. Und sicher keine massenhafte Zuwanderung in unsere Sozialwerke!

Die SVP Graubünden wird sich auch weiterhin in diesen Bereichen einbringen und sich für eine sichere und selbstbestimmte Schweiz einsetzen zum Wohle künftiger Generationen.

Ich will's Ich wähl's

svp-gr.ch



Kleine und mittlere Betriebe sind das Rückgrat unseres Staates



Ronny Krättli
Liste 16, Gemeinderat,
Nationalratskandidat

Der Bund gab 1990 rund 32 Milliarden Franken aus. 2017 waren es bereits 68 Milliarden, der Finanzplan des Bundes sieht für 2021 bereits 77 Milliarden Ausgaben vor! Beschafft wird das Geld mit immer höheren Steuern, Abgaben und Gebühren; Geld, das unserer Bevölkerung und insbesondere unseren Klein- und Mittelbetrieben entzogen wird. Damit laufen wir Gefahr, den Mittelstand, der für unsere Gemeinschaft zentral ist, immer mehr auszuhöhlen. Berücksichtigt man alle Steuern, Abgaben und Gebühren (inkl. Mehrwertsteuern, Verkehrssteuern, Krankenkassenprämien etc.), die eine Familie mit zwei Kindern zu leisten hat, so betragen die «Zwangsabgaben» rund die Hälfte des Einkommens! Die Freiheit des Einzelnen wird dadurch immer mehr eingeschränkt. Hinzu

kommen täglich neue staatliche Regulierungen und bürokratische Auflagen für unsere Klein- und Mittelbetriebe. Dies alles ist wenig verständlich, wenn man bedenkt, dass die Klein- und Mittelbetriebe die meisten Arbeitsplätze für unsere Bevölkerung anbieten.

Optimale Voraussetzungen für KMUs schaffen

Deshalb sollten Voraussetzungen geschaffen werden, dass unsere KMUs sich optimal entwickeln können. Das ist aber nur möglich, wenn den Unternehmen die Mittel belassen werden, die für Investitionen notwendig sind und die staatlichen Regulierungen und bürokratischen Auflagen auf ein Minimum reduziert werden. Die Schaffung von guten Rahmenbedin-

gungen für die Entwicklung unseres Gewerbes dient allen. Sie ist auch wichtigste Massnahme gegen die zunehmende Abwanderung aus den Randregionen in die Zentren unseres Landes, die die Randregionen so vor grosse Probleme stellt. Sie geben ausserdem unserer Jugend hier eine Zukunft, um den eigenen Kanton auch mitzugestalten, um so gemeinsam erfolgreich vorwärtszukommen. Aus diesem Grund ist es enorm wichtig, dass das Parlament in Bern mit Personen vertreten ist, die Praxiserfahrung und unternehmerisches Denken besitzen und sich so für den Kanton Graubünden einsetzen.

Als Gemeinderat, Handwerker und Unternehmer danke ich in diesem Sinne für Ihre Unterstützung bei den bevorstehenden Nationalratswahlen.



KMU für Graubünden ein wichtiges Rückgrat

Vorwärts zum bewährten Leistungsprinzip

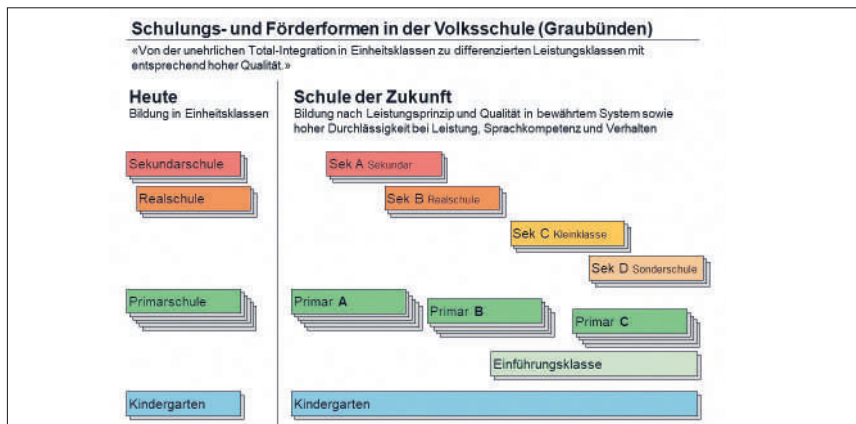


Peter Kamber
Liste 14, Nationalratskandidat

Jahrzehntlang haben die Bürgerlichen der Linken die Mandate für Bildungsfragen überlassen. Dies war nicht eben weise. Die Volksschule, das Fundament unserer kostbarsten Ressource Bildung, haben sie durch ideologisch und pseudomoralisch motivierte Utopien kaputt reformiert. Jetzt ist das qualitativ hochstehende Schweizer Bildungssystem mit dualer Berufslehre und optionaler Akademisierung in akuter Gefahr, seine Reputation und seine Wirksamkeit im globalen Wirtschaftsmarkt zu verlieren. Denn die Sozialisten stoppten ohne triftigen Grund unser traditionelles Erfolgsmodell und riefen die totale Integration aus – mitunter auch um die dramatischen Konsequenzen der verfehlten Migrationspolitik zu verwischen und uns eine Wir-sind-doch-allegleich-Welt vorzugaukeln. In diesen Regelklassen treffen Schüler/-innen mit hohem Leistungsvermögen auf Kinder, die dem Lehrplan nur in Ansätzen folgen können, auf Migrationskinder mit kaum vorhandenen Kompetenzen in Deutsch, auf körperlich oder psychisch beeinträchtigte Kinder und vor allem auf eine sehr teure Viel-

zahl von Heilpädagoginnen und Therapeutinnen. In der Theorie klappt dieses Modell wunderbar: Das Lernen prosperiert und alle beeinflussen sich zu Höchstleistungen. Und in der Praxis? «Die Ziele seien viel zu euphorisch, die disziplinarischen Schwierigkeiten immens und die Auswirkungen auf Tempo und Leistung besorgniserregend», äusserte sich ein Basler Bildungsdirektor. Die Leidtragenden dieses linken, Kurses sind einmal mehr die Realschüler, denn in ihre Stufe wird, mangels Alternative, alles andere integriert. Die SVP sagt Ja zu Leistungsklassen in der Volksschule. Deshalb müssen wir die nationalen Bildungsstandards für je vier Stärkekassen definieren. Wie in der wirklichen Welt: Da werden die Lehre mit EBA, EFZ oder BMS, die

allen Stufen eine hohe, motivierende Durchlässigkeit gewährt werden. Eine weitere, bedeutsame Herausforderung für den Bildungsstandort Schweiz ist die rasant fortschreitende Digitalisierung, mit der das Reizthema 5G einhergeht. Die Volksschule ist ab 2021 bereit, die Kinder in der Informations- und Computertechnologie noch effektiver zu schulen. Das ist richtig und wichtig und entspricht den heutigen Bedürfnissen der abnehmenden Wirtschaft. Es ist jedoch meine tiefe Überzeugung, dass wir dies wie folgt tun müssen: 1. Die ICT-Infrastruktur unterstützt als Fördermittel das Lernen der Schüler/-innen. 2. Dem Entwicklungsstand und gesundheitlichen Aspekten wird Rechnung getragen. Und schliesslich muss «Bern» eine na-



FMS oder das Gymnasium angeboten. Und auch hier können nicht alle alles bestreiten. Der Maurer absolviert seine Lehre nicht mit dem Autolackierer, der Lehrer studiert nicht mit dem Astrophysiker und der FC Barcelona spielt in der Regel nicht gegen den FC Niederhasli. Selbstverständlich soll aber auf

tionale, dezentrale Bildungsstruktur sicherstellen, um allen eine qualitativ hochstehende Ausbildung zu ermöglichen, damit Arbeitsplätze, Wohlstand, Sicherheit und Souveränität Bestand erfahren. Nur so kann der drohenden Abwanderung aus den Randregionen entgegengewirkt werden.

Verkehrsinfrastrukturen in Randregionen



Gian Marco Tomaschett
Liste 14, Gemeinderatspräsident St. Moritz,
Nationalratskandidat

Die Verkehrsinfrastrukturen sind der Nerv einer regionalen Wirtschaft. Für eine gedeihliche Entwicklung aller Regionen muss die Schweiz deshalb für eine gleichwertige Erschliessung aller Regionen besorgt sein.

Betrachtet man nun die aktuelle Situation, so stellt man fest, dass Graubünden gegenüber anderen Regionen stark benachteiligt wird und die nationale Verkehrspolitik sich vor allem darauf konzentriert, die Verkehrsprobleme der Agglomerationen zu lösen.

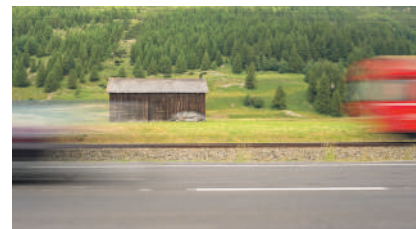
Höhere Kosten für die Bevölkerung

Während diese Zentren weitgehend mit Nationalstrassen und der SBB zu Lasten des Bundes erschlossen sind, verfügt Graubünden nur über ein sehr beschränktes Nationalstrassennetz, bei der Bahn muss der Kanton ansehnliche Beiträge an die RhB leisten. Hinzu kommen die topografischen Verhältnisse und die geringe Bevölkerungsdichte. Dies alles hat zur Folge, dass die Bündnerinnen und Bündner

mehr als doppelt so viel für die Verkehrserschliessung bezahlen müssen, obwohl die Qualität teils zu wünschen übrig lässt.

In den letzten Jahren hat sich diese Situation kaum verbessert. Die bereits 2011 in Aussicht gestellte Umklassierung der Julieroute ist immer noch nicht vollzogen, von einer Verlängerung der Nationalstrasse bis Castasegna spricht kaum mehr jemand, obwohl alle anderen Regionen der Schweiz bis zur Grenze mit Nationalstrassen verbunden sind. Zum Glück konnte man zumindest beim Ausbau der Verbindung Sils–Maloja und entlang des Silvaplannersees Zwischenziele erreichen und es sind Projekte in der Pipeline, welche vor allem für das Engadin von sehr grosser Bedeutung sind. Diese Verbindung ist jedoch für den Kanton mit sehr hohen Kosten verbunden.

Auch bei der RhB gibt es zahlreiche Projekte zur Angebotsverbesserung, die nur sehr schwer finanzierbar sind. In Anbetracht dieser Benachteiligungen kommt einem Engagement für eine ausgewogene Verkehrserschliessung der ganzen Schweiz eine zentrale Bedeutung zu. Mit den grossen Fraktionen sind Allianzen zu schmieden, um dieses Ziel zu erreichen.



Verkehrerschliessung von zentraler Bedeutung.

Sport: eine wichtige Lebensschule



Hanueli Salis
Liste 16, Nationalratskandidat

Was wären der Turnverein Maienfeld oder der Fussballclub Thusis/Cazis oder der HC Davos oder der Skiclub Alpina St. Moritz und viele andere Vereine in unserem Kanton ohne die vielen ehrenamtlichen, freiwilligen Trainer, Betreuerinnen und Betreuer und Vereinsfunktionäre?

Viele Jugendliche und Erwachsene könnten ohne diese Personen, welche einen grossen Teil ihrer freien Zeit für Vereinstätigkeiten zur Verfügung stellen, ihre eigene Freizeit gar nicht so sinnvoll und vielseitig gestalten. Sport ist für viele Jugendliche und Erwachsene auch eine wertvolle Lebensschule. Leistungs- und Durchhalte- willens, soziales Verhalten werden ebenso gefördert wie ein gesunder Lebensstil. Das fördert die Lebensqualität und ist ein wichtiger Beitrag zur Eigenverantwortung für eine gesundheitsfördernde Lebensweise.

Jugend- und Breitensport profitieren aber auch vom Spitzen- und Leis-

tungssport. Für mich gilt somit nicht entweder – oder sondern sowohl – als auch! Dabei gilt es aber doch zu differenzieren.

Da der Betrieb des Spitzen- und Leistungssports nicht zuletzt auf private finanzielle Unterstützung zählen kann, braucht der Jugend- und Breitensport die gezielte Förderung durch die öffentliche Hand. Ich unterstütze aus diesen Überlegungen u. a. die kostengünstigen Nutzungsmöglichkeiten bestehender öffentlicher Infrastrukturen durch die Sportvereine. Ebenso wichtig ist aber, dass diese Infrastrukturen auch in den Ferien für sportliche Aktivitäten genutzt werden können. Zur Nutzung gehören selbstverständlich auch die entsprechenden Sportgeräte. Die öffentliche Hand hat meiner Meinung nach die Aufgabe, sportliche Infrastrukturen in bedürfnisgerechter und zweckmässiger Art bereitzustellen. Ohne diese sind viele sportliche Aktivitäten gar nicht möglich.

Damit der Sport, insbesondere der Wettkampfsport, seine wertvolle Vorbildfunktion für den Jugend- und Breitensport erfüllen kann, sind für mich Fairness und Ehrlichkeit wichtige Faktoren. Ich bin somit gegen jegliche Art von Doping, Betrug oder Gewalt. Nur harte Strafen für die Übeltäter (dazu gehören Sportlerinnen/Sportler ebenso wie gewalttätige Zuschauerinnen/Zuschauer) können helfen, diese negativen Faktoren zu eliminieren.

Für mehr Einfluss in Bern: SVP Più influsso a Berna: UDC Per daplì influenza a Berna: PPS

Bei den Nationalratswahlen geht es in erster Linie darum, Persönlichkeiten zu wählen, die in der Lage sind, Bündner Anliegen in Bern zum Durchbruch zu verhelfen. Graubünden ist dabei mit nur fünf Vertretern in einer schwierigen Lage. Mehrheiten für Bündner Anliegen lassen sich nur bilden, wenn man in der grössten Fraktion vertreten ist und diese für unsere Anliegen gewinnt. Als Mitglieder der SVP-Fraktion haben Heinz Brand und Magdalena Martullo-Blocher die damit verbundenen Chancen immer wieder erfolgreich genutzt.

Zum Beispiel bei der vorläufigen Rettung der Wasserzinsen, die für unseren Kanton und viele seiner Gemeinden von grösster Bedeutung sind (jährlich

über 150 Mio Franken!). Die SVP hat dazu mit 43 Stimmen am meisten zum positiven Entscheid beigetragen. Die FDP stimmte klar dagegen, wie auch die Grünliberalen und von den sieben BDP-Mitgliedern stimmten nur zwei zu!

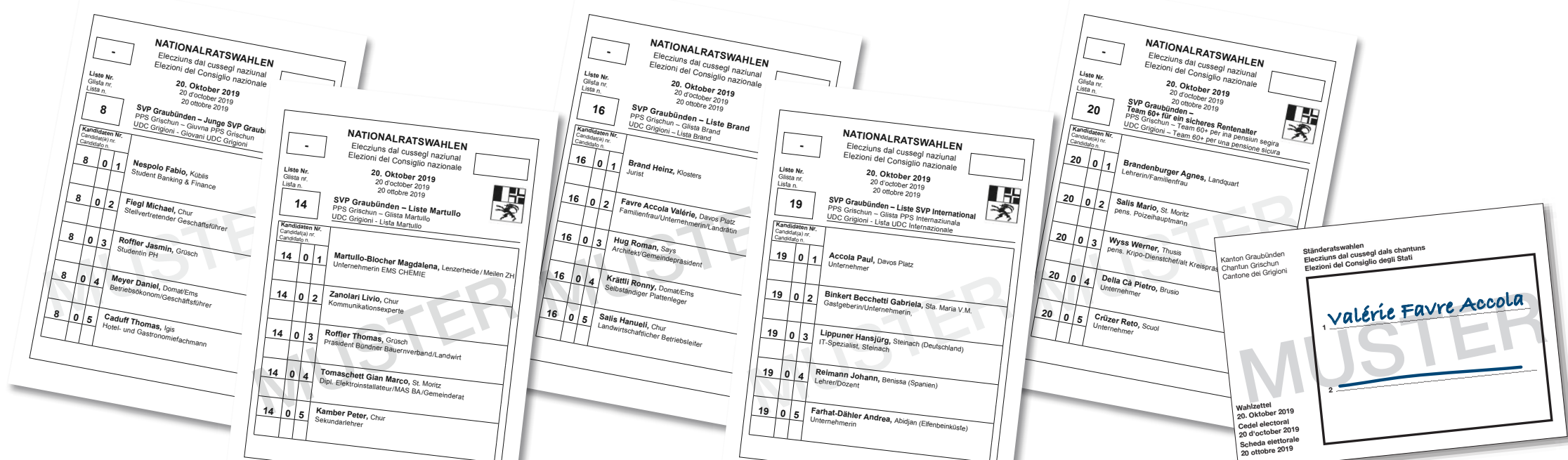
In der kommenden Legislatur entscheidet sich, ob die gefährdeten Wasserzinsen mindestens in der heutigen Höhe gerettet werden können. Auch andere für Graubünden wichtige Fragen stehen zur Disposition: finanzielle Mittel zur Sicherung der Erschliessung der Berggebiete (Strassen, öV, Bahn), Altersvorsorge, Produktion gesunder Lebensmittel und Pflege unserer Kulturlandschaft durch die Landwirtschaft, dezentrale Bildungseinrichtungen (diese werden zu-

nehmend in den Zentren der Schweiz installiert), Tourismusförderung und anderes mehr.

Um Einfluss in Bern zu haben, tut Graubünden gut daran, seine starke Position in der SVP-Fraktion zu wahren und zu stärken, dies umso mehr, als die SVP im ländlichen Raum verankert ist und ein starkes Gegengewicht zu den heutigen Zentralisationstendenzen bildet.

Christoffel Brändli
a. Regierungsrat
a. Ständerat

So wählen Sie in Graubünden.



1. Öffnen Sie Ihr Stimmkuvert, darin finden Sie folgendes Material:

- Block mit vorgedruckten Wahllisten der Nationalratskandidaten
- Kleines Abstimmungs-kuvert
- Ständeratswahlzettel
- Stimmrechtsausweis

2. Wählen Sie Ihre Nationalrätinnen und Nationalräte:

Trennen Sie die **SVP-Liste Ihrer Wahl** (8 oder 14 oder 16 oder 19 oder 20) vom Wahlzettelblock ab.

3. SVP-Nationalratsliste ins kleine Kuvert:

Legen Sie die **SVP-Liste Ihrer Wahl** unverändert ins kleine Abstimmungs-kuvert.

4. Wählen Sie Ihren Ständerat:

Schreiben Sie auf die erste leere Zeile des Ständeratswahlzettels den Namen der SVP-Ständeratskandidatin **Valérie Favre Accola**.

5. Ständeratsliste ins kleine Kuvert:

Legen Sie die Ständeratsliste zur Nationalratsliste ebenfalls ins kleine Abstimmungs-kuvert.

6. Stimmrechtsausweis unterschreiben:

Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis!

7. Alles ins grosse Kuvert:

Kleines **Abstimmungs-kuvert** und **unterschiedlicher Stimmrechtsausweis** zusammen ins **grosse Kuvert** legen; wenn nötig, frankieren Sie das Kuvert.

Dann ab in die Post oder bei Ihrer Gemeinde einwerfen

8. Abschieken:

Kuvert bis spätestens **17. Oktober** per A-Post aufgeben oder bis **18. Oktober** auf die Gemeinde bringen oder am **20. Oktober** an die Urne gehen

Achtung!

- Legen Sie nur **eine** Nationalratsliste ins Kuvert, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!
- Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!
- Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!

Haben Sie Fragen zu den Wahlen? Gratis-Hotline: 0800 0 1291 0

Kostenlose kompetente Auskunft! Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.

Wie wählt man richtig, wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 – 18.00 Uhr für Sie da. **Fragen per Mail: wahlen@svp.ch**